Israelitische Wochenschrift

Nr. 5. — Berlin, 3. Februar 1899. — Jahrgang VIII.

Jüdische Gemeinde.

Gottesdienst.

Freitag, den 3. Februar, in allen Synagogen abends 5 Uhr. Predigt, Synagoge Lützowstr., Herr Rabb. Dr. Weisse.

Sonnabend, den 4. Februar, in der alten Synagoge, mrgs. $8^1/_2$ Uhr, in den übrigen Synagogen morgens 9 Uhr. Predigt, Synagoge Kaiserstr., vorm. 10 Uhr, Herr Rabbiner Dr. Rosenzweig.

Abendgottesdienst 5 Uhr 39 Min.

Gottesdienst an den Wochentagen: morgens, Alte und Kaiserstr.-Synagoge, 7 Uhr; in den übrigen Synagogen morgens $7^1/_2$ Uhr. Abends in allen Synagogen $4^1/_2$ Uhr.

Israelitische Wochenschrift

Zeitschrift für die Gesamtinteressen des Judentums.

Nebst einer wissenschaftlichen Beilage.

Verantw. Redakt.: M. A. Klausner, Berlin W., Tauenzienstr. 19a. Telephon: Amt IX, Nr. 5567.

Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57. Telephon: Amt VI, Nr. 796. Post-Zeitungsliste Nr. 122.

Bezugspreis vierteljährlich: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2,50 Mk., alle anderen Länder 3.— Mk.

Nr. 5. Berlin, 3. Februar 1899. Jahrgang VIII.

Erscheint an jedem Freitag, die wissenschaftliche Beilage monatlich einmal. Zu beziehen durch die Post, den Buchhandel oder unsere Expedition.

Für die Redaktion bestimmte Mitteilungen erbitte ich an die Adresse: Berlin W., Tauenzienstr. 19a. M. A. Klausner.

Inhalt.

Die Politik.

(Das Judengesetz für Frankfurt a. M.) Die jüdischen Gemeinden in Preußen sind territoriale Zwangsgemeinden. Welcher Jude in dem Bezirk einer Gemeinde wohnhaft ist, der gehört dieser Gemeinde als Mitglied an. Ausgenommen hiervon ist der Bezirk Hohenzollern-Hechingen und die 1866 erworbenen vormals bayerischen, großherzoglich-hessischen und homburgischen Landesteile, ausgenommen ist ferner das Gebiet der vormals freien Stadt Frankfurt. Von der letztgenannten Ausnahme hat man lange nicht gewußt. Erst kürzlich hat man durch eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts erfahren, daß die im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts herrschende Anarchie der souveränen jüdischen Einzelgemeinden für Frankfurt a. M. zu einer Einzelanarchie sich ausgestaltet hat. Dort gehört zur jüdischen Gemeinde nur, wer dazu den Willen hat; wer den Willen nicht hat, der steht für sich allein außerhalb der Gemeinde. Das störte nicht, so lange man es nicht wußte, denn von dem unbekannten Recht machte Niemand Gebrauch. Jetzt ist die Besorgnis aufgetaucht, es möchte anders werden. Es wäre nun sehr einfach gewesen, der Frankfurter israelitischen Gemeinde das Recht zu geben, das jede andere Gemeinde Preußens hat. Doch da gab es ein Hindernis: In Frankfurt existiert eine „Israelitische Religionsgesellschaft", die ein Sonderdasein führt, in ihrem Kreise auch ganz Anerkennenswertes leistet. Sie zählt 500 Mitglieder, von denen allerdings 300 auch zur Hauptgemeinde gehören. Aus Rücksicht nun auf diese 200 Mitglieder starke Minorität der Minoritätsgemeinde soll nicht die Zwangszugehörigkeit aller Frankfurter Juden zur Frankfurter Hauptgemeinde ausgesprochen, sondern eine zwiespältige Einrichtung geschaffen werden, wie aus folgendem dem Abgeordnetenhause vorgelegten Gesetzentwurf hervorgeht!

§ 1. Die in dem Bezirk der ehemaligen freien Stadt Frankfurt a. M. wohnenden Juden gehören zur Synagogengemeinde „Israelitische Gemeinde" zu Frankfurt a. M.

Ausgenommen hiervon sind diejenigen Juden, welche Mitglieder der Synagogengemeinde „Israelitische Religionsgesellschaft" zu Frankfurt a. M. sind und unter Vorlegung einer Bescheinigung des Vorstandes dieser Synagogengemeinde über ihre Mitgliedschaft binnen einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder nach Verlegung ihres Wohnsitzes in den Bezirk der ehemaligen freien Stadt Frankfurt a. M. oder nach erreichter Volljährigkeit dem Polizeipräsidenten zu Frankfurt a. M. schriftlich anzeigen, daß sie ausschließlich der Synagogengemeinde „Iraelitische Religionsgesellschaft" angehören wollen. Die betreffenden Juden sind von dem Zeitpunkte des Beginnes der dreimonatlichen Frist ab von der Verpflichtung zu öffentlich rechtlichen Leistungen an die Synagogengemeinde „Israelitische Gemeinde" befreit.

Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend den Austritt aus den jüdischen Synagogengemeinden vom 28. Juli 1876 (Gesetzsamml. S. 353) bleiben im Uebrigen unberührt.

§ 2. Der Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau ist befugt, durch endgültigen Beschluß nach Anhörung der Beteiligten den Bezirk der früheren Stadtgemeinde Bockenheim dem durch den Bezirk der ehemaligen freien Stadt Frankfurt a. M. gebildeten Synagogengemeindebezirk einzuverleiben und die hierauf bezüglichen Verhältnisse zu ordnen.

In diesem Falle läuft die im § 1 bezeichnete dreimonatliche Frist, insoweit dieselbe mit Inkrafttreten dieses Gesetzes beginnt, anstatt von diesem Zeitpunkte von dem Tage der Einverleibung ab.

Das Abgeordnetenhaus hat nicht für nötig gehalten, den Entwurf zur Vorberatung in eine Commission zu verweisen, sondern will ihn einfach annehmen. Die jüdischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses haben sich an der Debatte über den Gesetzentwurf bisher nicht beteiligt.

* * *

(Tschechische Juden.) Im österreichischen Abgeordnetenhause hat es wieder einmal eine wüste Lärmscene gegeben. Die „Vossische Zeitung" berichtet darüber:

„Thätiger und leidender Hauptheld des unerfreulichen Zwischenfalls war der Abgeordnete Wolff, der in leidenschaftlichem Ungestüm dem tschechisch-jüdischen Journalisten Peniczek gegenüber, der sich ungebührlich benommen hatte, die Pflichten eines Galeriedieners ausüben wollte und darüber in einen Faustkampf geriet, in dem er eine zeitlang allein gegen ein ganzes Rudel Tschechen stand. Politische Bedeutung hat dieser Zwischenfall nicht, da er sich außerhalb des eigentlichen Parlamentsraums abspielte, aber er läßt erkennen, bis zu welchem Grade die Sittenverwilderung am Wiener Franzensring unter dem Einfluß der nationalen Kämpfe bereits gediehen ist. Ein deutscher Abgeordneter, der einem Journalisten gegenüber den Saaldienern ins Handwerk pfuscht, tschechische Abgeordnete, die sich haufenweis — Mann gegen Mann zu kämpfen ist einmal nicht tschechische Art — auf diesen einen Deutschen werfen, der dann durch einige befreundete Abgeordnete aus dem Gedränge herausgehauen werden muß — das ist ein trauriges Bild, das ein Gegenstück nur noch in den abscheulichen Szenen vom November 1897 findet, als die in den Parlamentssaal eingedrungene Polizei einen oppositionellen Abgeordneten nach dem andern „wie einen Sack Kartoffeln" zur Thüre hinausschleppte und schleifte. Veranlassung zu dem gestrigen Vorfall gab der Berichterstatter der „Narodni Listy", Herr Peniczek, der für seine journalistische Thätigkeit vor einiger Zeit mit dem Titel „Kaiserlicher Rat" ausgezeichnet worden ist. Dieser Herr Peniczek ist der Typus einer besonderen Gruppe innerhalb des Tschechentums, die außerordentlich viel zur Vergiftung der nationalen Gegensätze in Böhmen beigetragen hat, nämlich der sogenannten „tschechischen Juden". Bis in die siebziger Jahre hinein kannte man diesen Begriff nicht. Von jeher waren die Juden in Böhmen treue Anhänger des Deutschtums gewesen, das der Träger der freiheitlichen Ideen war, und diese Zugehörigkeit erschien auch den Tschechen als etwas geschichtlich Gegebenes und so Selbstverständliches, daß ihr beliebtes Schimpfwort „Zid" (Jude) unterschiedslos auf alle Deutschen angewandt wurde und jedes Anschwellen der tschechisch-nationalen Bewegung sich zunächst in Pöbelangriffen auf Juden und jüdische Geschäfte, Wohn- und Gotteshäuser äußerte. Erst in den siebziger Jahren begannen einzelne jüdische Studenten sich auf Tschechen aufzuspielen; in Prag wurde ein „Verein tchechisch-akademischer Juden" begründet, der, von den sonst ungemein judenfresserischen tschechischen Blättern sorgsam gehätschelt, durch unablässige Agitation es allmählich dahin brachte, daß ein freilich noch immer kleiner Teil der böhmischen Juden der Sache des liberalen Deutschtums abtrünnig wurde und ins tschechische Lager überging, wodurch den Deutschen einzelne politische Positionen, so z. B. die Mehrheit in der Pilsener Handelskammer, entrissen wurden. Aus den Reihen jener tschechischen Juden sind einige der verbissensten Hetzer gegen das Deutschtum hervorgegangen, wie der jungtschechische Abgeordnete Dr. Strensky, Leute, die durch die Art ihrer politischen Bethätigung viel Schuld daran tragen, daß der Nationalitätenkampf in Böhmen und Mähren so gehässige Formen angenommen hat. Es ist recht bezeichnend, daß es ein Anhänger dieser tschechischen Gruppe war, der, nachdem er jahrelang Tag für Tag in den „Nar. Listy" die schlimmsten Hetzereien gegen die Deutschen verübt hat, sich gestern von der Journalistentribüne herab so herausfordernd gegen die deutschen Abgeordneten benahm, daß Herr Wolff sich gedrungen fühlte, ihn eigenhändig an die Luft zu setzen. Während des Gefechts auf der Tribüne hat es, wie ein Bericht angiebt, Herr kaiserlicher Rat Peniczek ratsam befunden, sich seitwärts in die Büsche zu schlagen und in einem vorsichtig verriegelten Anstandsort den Ausgang des Zwischenfalls abzuwarten. In den „Nar. Listy" freilich wird es wohl anders zu lesen sein."

In diesem Bericht bemerken wir mit Bedauern zwei Lücken, die als tendenzlos hinzustellen nicht ganz leicht sein wird. Zwar die Unterlassung der Erwähnung, daß Herr Peniczek getauft ist und somit des Zusammenhanges mit dem Judentum entbehrt und als „tschechischer Jude" nicht angesprochen werden kann, beruht möglicherweise auf Unkenntnis der von den anderen Blättern gleichzeitig gemeldeten Thatsache von dem Religionswechsel Peniczeks; denn unmöglich kann angenommen werden, daß die „Vossische Zeitung", die zutreffend registriert, wie „die Juden in Böhmen von jeher treue Anhänger des Deutschtums gewesen, das der Träger der freiheitlichen Ideen war", die Ursachen nicht kennt, die einzelne Juden aus dem deutschen in das tschechische Lager getrieben haben. Die „Vossische Zeitung" muß wissen und weiß, daß in Böhmen, und dort nicht allein, das Deutschtum aufgehört hat, „der Träger der freiheitlichen Ideen" zu sein, daß dort das Deutschtum antisemitisch durchseucht worden ist, und demzufolge die Juden in Böhmen in der Zwangslage waren, ihr Deutschtum gegen antisemitische Deutsche und Tschechen zugleich zu verteidigen. Wir haben keinerlei Sympathie mit getauften Juden und die geringste mit tschechischen Juden. Aber Gerechtigkeit zwingt zu der Anerkennung, daß die Juden, die sich tschechisieren, wenigstens die Entschuldigung äußerster Bedrängnis haben, auf die beispielsweise die in „Svarcmbrg" umgewandelten Fürsten Schwarzenberg und andere fränkische Adelsgeschlechter, die zum Tschechentum übergelaufen sind, keinen Anspruch erheben können. Es ist ein Unrecht, Herrn Penizek, der das Judentum verlassen hat, uns Juden an die Rockschöße zu hängen, ein doppeltes Unrecht, von dem Typus der „tschechischen Juden" zu sprechen, an dessen Bildung der deutsche Antisemitismus die Schuld trägt, und dabei nicht den ungleich häßlicheren Typus der tschechischen deutschen Fürstengeschlechter zu erwähnen, die ihr Deutschtum nicht in Not und Drang aufgegeben, sondern freiwillig verkauft und verraten haben.

Die „Kreuzzeitung" findet die oben wiedergegebene redaktionellen Auslassungen der „Vossischen Zeitung" ganz nach ihrem Geschmack. Sie druckt den Artikel ab und fügt die Bemerkung hinzu:

„Dieser Bericht zeigt eine auffallend klare Erkenntnis von dem dekompositorischen Charakter des Judentums, wie wir ihr in

Berliner liberalen Blättern bei Beurteilung unserer einheimischen Juden noch nicht begegnet sind. Vielleicht wird es der „Vossischen Zeitung" auch noch einmal klar, daß die Juden im Grunde überall dieselben sind; die obige Leistung läßt ja das Beste hoffen."

Die „Vossische Zeitung" hat das Lob der „Kreuzzeitung" vollauf verdient. Die Schlußbetrachtung des Organs der Ohm und Gödsche und Hammerstein aber zeigt sonnenklar, daß die Kreuzzeitungsleute „im Grunde überall dieselben sind." Wohin wir auch blicken: auf die von gestern oder auf die von heute — immer und überall dieselben. Wie heißt es im Kaufmann von Venedig? „Dank, daß Du mich dies Wort gelehrt!"

* * *

(Ein gräflicher Ahlwardt.) **Graf Pückler, Amtsvorsteher von Klein-Tschirne im Kreise Glogau, ist auf dem Wege seiner individuellen Entwickelung, deren von ärztlicher Sorgfalt zu umgebendes nahes Ziel deutlich erkennbar ist, bei dem Antisemitismus angelangt. Er hat kürzlich eine Rede gehalten und durch den Druck verbreiten lassen, aus der wir folgende Stellen hervorheben:**

„In kurzer Zeit wucherte das Judentum überall mächtig empor wie ein häßlicher Giftbaum, der jetzt schon seine Zweige über alle Staaten Europas erstreckt. — Das moderne Judentum in seiner jetzigen Gestalt ist ein Fluch für die Menschheit geworden. . . . Wir segeln nicht mehr unter christlich-germanischer Flagge, sondern wir segeln unter dem Banner des gottlosen, internationalen Judentums. . . . Ueberall Juden, Himmel und Juden, nichts als Juden, es ist fürchterlich. Wehe mein Deutschland, wie tief bist du gesunken. Deine Richter und Anwälte sind Juden, deine Kaufleute und Bankiers sind Juden, deine Zeitungsschreiber sind Juden, verjudet ist das ganze Volk. Giebt es denn keine Rettung, kein Entrinnen mehr aus dieser furchtbaren Fremdherrschaft? . . . Anstatt der Menschheit zum Segen zu dienen, sind die Juden ein Volk des Fluches für die Welt geworden; ihr innerstes Wesen ist Rebellion gegen Gott, Eigenwilligkeit und Gesetzlosigkeit. Das Judenvolk, einst besonders von Gott gesegnet und dazu bestimmt, der Träger der göttlichen Offenbarung zu werden, ist verstockt, verblendet und verflucht, es ist Satans Volk geworden. Es wird sich daher jetzt darum handeln, ob Gott der Herr weiter auf Erden regieren wird, oder ob der Satan und sein Werkzeug, die Juden, die Herrschaft bei uns antreten werden, ob Himmel oder Hölle, ob Tod oder Leben von der Menschheit angenommen werden wird — das ist die Judenfrage. . . . Wo ein Aas ist, da sammeln sich die Geier, und die jüdischen Geier ziehen jetzt in Scharen ein in die deutschen Länder, um dem faulenden Aas den Todesstoß zu versetzen. Wo etwas faul ist im Staate Dänemark, da sind sofort die Juden zur Stelle; wie Parasiten und Schmarotzerpflanzen erscheinen sie plötzlich auf der Bildfläche, geschmeidig und zudringlich, behend und verwegen, und vernichten die in Fäulnis geratene Gesellschaft, in der sie leben. — So ragt das moderne Judenreich mit gewaltiger Sichtbarkeit in diese Welt hinein, frech, schaurig und gottlos, und macht sich breit unter den christlichen Völkern und den gebildeten Nationen der Gegenwart.

An allen Höfen, in allen Kabinetten und Ministerien haben die Juden ihre geheimen Freunde und Helfershelfer. Und so ist es denn sehr natürlich, daß die Nation so langsam zu Grunde gehen muß unter der Geißel dieser fremden Tyrannen. Glaube und Hoffnung sind schon längst aus den Herzen des Volkes gewichen und haben einer dumpfen Verzweiflung Platz gemacht. . . . Schon schwanken die Krone der Kaiser und Könige bedenklich (!) und die Zeit ist nicht mehr fern, wo der jüdische Usurpator proklamiert werden wird und Cohn I. den Thron von Europa besteigt. Unsere armen verführten Arbeiter, sie ahnen nicht, daß sie weiter nichts sind, als eine elende Judenschutztruppe, daß sie nur dazu dienen, die ehrgeizigen Pläne zu realisieren dieser fremden Asiaten.

Drum auf, mein deutsches Volk, erwache, erwache. Der Tag der Freiheit ist gekommen; schon rauchen die Flammenzeichen auf den Bergen, im Osten seh' ich Frühlicht glänzen; jetzt müssen wir die Sklavenketten brechen, jetzt oder nie, jetzt müssen wir siegen oder untergehen; jetzt heißt es handeln schnell und energisch, oder wir werden ewig Sklaven bleiben eines fremden, hergelaufenen Volkes. . . . Ein heiliger Krieg ist entfacht; der Kampf gegen das Judentum hat begonnen, er wird gepredigt auf allen Straßen, auf den Dächern, in den Städten, auf dem Lande, überall in allen deutschen Gauen, wo deutsche Männer wohnen, erschallt der Ruf „fort mit den Juden, nieder mit Israel." Der Deutsche ist gutmütig und geduldig, freundlich und langmütig lange Zeit; aber wenn sein Zorn einmal erwacht, dann ist er furchtbar und nicht mehr zu bändigen, dann erhebt er die gewaltige Rechte zum Schlage und drischt und drischt und drischt, so lange, bis es nichts mehr zum Zerhauen giebt, bis das Judentum vernichtet und zerschmettert im Staube liegt. Dann wehe unseren Feinden vor diesem Ansturm der deutschen Männer; lange genug hat der Bauer gelitten unter dem schurkischen Börsenspiel der jüdischen Spekulanten, lange genug hat der Handwerker geseufzt unter der furchtbaren Konkurrenz der Judenbande. Der Tag der Abrechnung ist gekommen.

Solche Aeußerungen, zur Winterszeit gethan, würden blos den Angehörigen des Redners Anlaß zum Einschreiten geben, wenn nicht Herr Graf Pückler auch Amtsvorsteher wäre und daraus der Regierung die Pflicht erwüchse, dem Nacheiferer Ahlwardts deutlich zu machen, daß sein Gesundheitszustand eine Pflege erheischt, die ihm die Möglichkeit nimmt, ein öffentliches Amt noch ferner zu versehen.

* * *

(Antisemitische Wirtschaft in Wien.) **In einer jüngst im „Hotel Continental" in Wien unter dem Vorsitze des Gemeinderates Stiaßny abgehaltenen Versammlung des „Donau-Clubs" hielt Gemeinderat Dr. Stern einen Vortrag über die finanzielle Lage der Stadt Wien. Er wies an einer Reihe von Beispielen nach, daß die Ziffernansätze des Budgets nur Fiktion seien; man habe Alles gethan, um nur halbwegs ein Gleichgewicht im Budget zu erhalten. Für Straßenherstellungen, Pflasterung und Säuberung sei eine minimale Post angesetzt, für Schulbauten in den neun inneren Bezirken mit Ausnahme eines Schulbaues im zweiten Bezirke auch nicht ein Kreuzer vorgesehen. In der Gemeinde herrsche derzeit die ausgesprochenste und einseitigste Parteiwirtschaft. Das Avancement anläßlich des Regierungs-Jubiläums habe dies auf unzweideutige Weise bestätigt, indem alle jüdischen Beamten ausnahmslos übergangen wurden. Ein Kommissar, der von allen Instanzen vorgeschlagen war, wurde von sechsundzwanzig Hintermännern übersprungen, darunter von solchen, die minder qualifiziert waren, ja sogar von solchen, die nicht einmal die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen abgelegt hatten. Dasselbe geschah zweien im Konzeptsfache beschäftigten Beamten. In der Buchhaltung ist ein alter Rechnungsbeamter, der derart qualifiziert war, daß sich seine Hinter-**

männer nicht einmal an der Konkurrenz beteiligen wollten, abermals übergangen worden. Im Stadtbauamte wurde ein Adjunkt mit 26 Dienstjahren, der auch Hauptmann in der Landwehr ist, übergangen; im Konskriptionsamte wurde ein Offizial, der Vater von sechs Kindern ist, mit 26 Dienstjahren von 25 Hintermännern, darunter von solchen, die eine um zehn Jahre geringere Dienstzeit haben, übersprungen. Im Stadtphysikate wurden 24 graduierten Aerzten sogar Wundärzte vorgezogen, und da man die erforderlichen Stellen nicht alle mit Christen besetzen konnte, ließ man sogar sechs Stellen unbesetzt, nur um Juden nicht befördern zu müssen. Dr. Stern besprach sodann das Finanzprogramm des Stadtrates Hraba, der sich noch vor zwei Jahren rühmte, das Gleichgewicht im Stadthaushalte hergestellt zu haben, und nun im letzten Voranschlage gleich eine Anleihe von 120 Millionen verlangt hat, um jene Investitionen und Auslagen bestreiten zu können, die von der liberalen Mehrheit fast gänzlich aus den laufenden Einnahmen besorgt wurden. Den Ausführungen des Gemeinderates Dr. Stern folgte lebhafter, anhaltender Beifall. Ortsschulrat Klebinder forderte die fortschrittlichen Gemeinderäte auf, eine kräftige Agitation in der Wählerschaft einzuleiten, damit endlich dieses unfähige und jedes Rechtssinnes bare Regime beseitigt werde.

Eine kleine Judendebatte im Abgeordnetenhaus.

II. (Schluß.)

Die in voriger Nummer wiedergegebenen Auslassungen des Herrn Unterrichtsministers und der Abgeordneten Richter und Rickert bedürfen einer Beleuchtung.

Der Abgeordnete Richter ist im Unrecht, wenn er behauptet, in Berlin seien „durchweg" konfessionell gemischte Schulen „ausdrücklich sanktioniert", nämlich im Jahre 1875 unter dem Ministerium Falk; „es seien evangelische, katholische und jüdische Kinder in derselben Schule, und es sei auch ein gemischtes Lehrerkollegium vorhanden".

Eine konfessionelle Schule ist eine Schule, deren gesamter Lehrkörper derselben Konfession angehört wie die Mehrzahl der Schüler. Sie verliert ihren konfessionellen Charakter dadurch nicht, daß zur Erteilung des Religionsunterrichts an die konfessionelle Minderheit ein der Konfession dieser Minderheit angehöriger Lehrer angestellt wird.

Der Abgeordnete Richter kann und wird nicht in Abrede stellen, daß diese Definition zutreffend ist, auch nicht, daß nach dieser Definition die weit überwiegende Mehrzahl der Berliner Gemeindeschulen — nämlich alle die, in denen jüdische Lehrkräfte nicht angestellt sind — zu den konfessionellen Schulen gehört. Einzig bezüglich der Schulen, an denen Juden zum Lehramt berufen sind, kann man unseres Erachtens mit Fug sagen, daß sie die Voraussetzungen einer konfessionellen Schule nicht mehr erfüllen und gemischte Schulen thatsächlich geworden sind. Freilich ist der Einwand vorauszusehen, daß das Falksche Reskript vom Jahre 1875 ausdrücklich besagt, es sollten an den Berliner Gemeindeschulen nach Bedarf Lehrerinnen zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts angestellt, auch über diesen Religionsunterricht hinaus voll beschäftigt und als ordentliche Lehrerinnen geführt werden dürfen. Daraus gehe die Absicht des Erlasses hervor, durch besagte Anstellungen den konfessionellen Charakter der Schulen nicht zu alterieren. Doch ist demgegenüber unseres Erachtens daran festzuhalten, daß die thatsächlichen Anstellungen sowohl nach dem Inhalt der Vokationen wie nach dem Ausmaß der Zuweisungen von Religions- und Profanunterricht an die einzelnen jüdischen Lehrerinnen jenen vielleicht vorhanden gewesenen, jedenfalls nicht deutlich ausgesprochenen Vorbehalt nicht blos nicht bestätigen, sondern ihm direkt widersprechen, ihn auslöschen und unwirksam machen. Immerhin bleibt bestehen, daß ein Verlust des konfessionellen Charakters nur bezüglich der Schulen behauptet werden kann, deren Lehrkörper eine konfessionell gemischte Zusammensetzung erfahren hat, das ist nur bezüglich sehr weniger Berliner Volksschulen der Fall.

So viel über die Frage der jüdischen städtischen Lehrerinnen.

Was die in einzelnen höheren Töchterschulen des Berliner Westens jüdischen Kindern versagte Aufnahme betrifft, so hat der Abgeordnete Richter in Uebereinstimmung mit dem Herrn Unterrichtsminister die Ansicht vertreten, daß Inhaber privater Unterrichtsanstalten nicht gezwungen werden können, jüdische Zöglinge überhaupt ohne jede Beschränkung aufzunehmen. Beide waren auch der Meinung, daß nur durch die Erteilung weiterer Konzessionen Abhilfe geschaffen werden könne. Der Abgeordnete Richter rügte nur, daß die Behörden des Herrn Ministers Bosse ein Bedürfnis zur Errichtung neuer Privatschulen nicht anerkennen.

Hier ist in der That der springende Punkt. Wenn der Herr Unterrichtsminister sagt, er würde mit Freuden eine Konzession erteilen, sobald sie ausschließlich für jüdische Schülerinnen verlangt würde, so begrüßen wir diese Zusage mit Genugthuung. Uns wäre eine solche „Judenschule" von Herzen willkommen. Aber sie befriedigt uns nicht vollständig, denn unser Recht ist, daß Privatschulen in hinreichender Zahl konzessioniert werden, die es den Juden ermöglichen, auch ohne eigene Schulen ihre Kinder unterzubringen. Wenn der Minister hinzufügt, er wolle eine Konzession selbst für eine paritätische Schule erteilen, sobald das Bedürfnis sich herausstellt, so ist der Wert dieser Zusage im Wesentlichen davon abhängig, daß bei der Prüfung der Bedürfnisfrage mit Liberalität verfahren und etwa nicht die Bedingung des Nachweises gestellt werde, daß alle noch vorhandenen Schulplätze bereits besetzt sind.

Hätten wir im Abgeordnetenhause ein jüdisches Mitglied, das der Vertretung der berechtigten jüdischen Interessen sich annimmt, so würde dieses Mitglied den Herrn Minister hierauf sofort aufmerksam gemacht haben. Dem Abgeordneten Richter liegen die Dinge vielleicht zu fern, jedenfalls liegen sie ihm nicht am Herzen. Thatsache ist, daß er so wenig wie irgend ein anderer auf die Frage in wünschenswerter Weise einging.

Was den Abgeordneten Rickert betrifft, so können wir nicht verstehen, weshalb er es „tief bedauerte", daß der Herr Minister den Ausdruck „zwei jüdische Herren" gebraucht hat. Wir haben gegen diesen Ausdruck nicht das Mindeste einzuwenden.

Eine Zionistische Versammlung in Berlin.

Zum vorigen Samstag Abend war von zionistischer Seite eine Einladung in den Feenpalast ergangen, wo Herr Dr. Max Nordau sprechen und seinem Vortrage eine Diskussion folgen sollte. Dr. Nordau ist ein Schriftsteller von Ruf, er ist ein bekannter Vortragskünstler, Debatten üben außerdem einen gewissen Reiz, das Thema weckte Interesse, der Eintrittspreis von 20 Pfennig legte keine empfindlichen Opfer auf — kein Wunder, daß Tausende sich einfanden, bei Zeiten den Riesenraum, teilweise sogar in beängstigender Weise, füllten, und so Mancher vergeblich Einlaß begehrte, den die Polizei vorsorglich versagte.

Der Vortrag des Herrn Dr. Max Nordau führt einen dreifachen Titel. „Strömungen des Judentums" hieß er in Wien, wo er am 25. Januar gehalten wurde; drei Tage später hatte er in Berlin den Namen „Kapitalismus, Sozialismus und Zionismus", und am 30. stellte er sich in Köln unter der Bezeichnung: „Für wen arbeitet der Zionismus?" vor. Daß Berlin erst an zweiter Stelle den Vorzug hatte, die Auslassungen des eleganten Plauderers zu vernehmen, giebt uns die Möglichkeit, nach dem Bericht der „Oesterreichischen Wochenschrift" der Nordau'schen Rede erste Teile im Wortlaut unseren Lesern aufzuwarten. Herr Dr. Nordau begann:

„Von Wißbegierigen werden wir oft gefragt: Was gilt der Zionismus für die Juden? Unsere Antwort lautet: Für die in beiden Welten verstreut lebenden Juden, die in ihrer Volksumgebung nicht aufgehen können oder nicht aufgehen wollen und die darunter leiden, daß sie von Landesgenossen an Glauben und Art verschieden sind, will der Zionismus eine rechtlich gesicherte Heimstätte in Palästina schaffen, wo sie sich national und individuell ausleben können.

Wir sehen da häufig, wie die Frager den Kopf schütteln und erwidern: Von dem amtlichen Judentum, von Rabbinern und Gemeindevorstehern, werden Sie verleugnet, von den reichen und den gesellschaftlich angesehenen Juden werden Sie bekämpft, selbst unter den armen Juden sehen wir noch nicht den großen allgemeinen Zug zu ihnen hin. Wo sind denn also die zionistischen Juden? Für welche Juden arbeiten Sie eigentlich?

Ja, für welche Juden arbeiten wir eigentlich? Das ist eine Frage, die wir uns in Stunden bangen Zweifels selbst vorlegen. Eine Antwort finden wir sofort, die uns beruhigt und aufrichtet: wir arbeiten für uns selbst.

Wir haben ein Ideal, und bekennen uns stolz dazu, ein Lebensziel, und schreiten zuversichtlich darauf los. Wir haben mit der überlieferten leidenden Haltung unseres Stammes gebrochen und sind entschlossen, mit Anspannung aller unserer Kräfte unser Erdenschicksal selbst zu schmieden. Das Endergebnis mag welches immer sein, wir spüren schon jetzt an uns den Segen der That. Wir fühlen, daß wir der Nacht den Rücken wenden und dem Lichte entgegengehen, das Morgenrot der Zukunft bestrahlt unsere Stirne, wir haben in der Bethätigung unseres Strebens nach einem menschenwürdigen Dasein Selbstachtung gewonnen und schöpfen aus dieser Selbstachtung das Recht und die Kraft, die Verachtung Anderer, vorausgesetzt, daß es überhaupt noch Jemanden geben sollte, der uns, die lauten, offenen Bekenner des Zionismus zu verachten heuchelt, als einfache Dummheit zu belächeln. Diese Gehobenheit in unseren eigenen Augen, diese sittliche Befriedigung über unsere Diensttreue gegenüber unserem kategorischen Imperativ gewährt uns seelische Genugthuung, die freilich jenseits des Begriffsvermögens unserer persönlichen Feinde liegt, die in ihren eigenen schmutzigen Hundeseelen nach gewöhnlichen Beweggründen unseres Thuns suchen und in solchen schlammigen Pfützen natürlich nichts Reinlicheres finden, als die Eitelkeit.

Wir arbeiten also in erster Reihe für uns selbst. Doch nicht für das kleine Häuflein von Zionisten der ersten Stunde allein, auch nicht blos für diejenigen Juden, die sich bereits ausdrücklich für uns erklärten, indem sie einem zionistischen Verbande beitreten und die freiwillige Volksabgabe entrichten. Wir sind überzeugt, daß wir auch für die schweigenden Millionen unseres Volksstammes arbeiten, die, wie die Menge immer zu thun gewohnt ist, noch abwarten, noch gleichgiltig bleiben und ihre schwerfälligen Massen erst in Bewegung setzen werden, wenn Regsamere, Entschlossenere ihnen den Weg geebnet und die erste einladende Haltestelle für sie eingerichtet haben werden.

Unsere Berechtigung, im Namen des ganzen jüdischen Volkes zu sprechen, Zukunftspläne auszuarbeiten, an Regierungen mit Gesuchen heranzutreten, schöpfen wir aus der geschichtlichen und sittlichen Kraft unseres Gedankens, aus dem förmlichen Auftrage der Wähler zu den beiden Baseler Kongressen und selbst aus dem eine Zustimmung in sich schließenden Schweigen der jüdischen Millionen, die man vergebens mit allen Mitteln gegen uns aufzuhetzen sucht.

Nachzuweisen haben wir unsere Berechtigung blos Jenen gegenüber, die uns laut verleugnen, und die den Anspruch erheben, daß man ihre Absage als die Absage der Judenschaft an uns betrachte.

Wir haben hier vor Allem die finanziellen Größen unseres Stammes im Auge. Die jüdischen Millionäre und Milliardäre, falls es solche geben sollte, haben zwar nicht durchwegs, doch zum großen Teile gegen den Zionismus Partei genommen. Sie verspotten uns und unsere Bewegung von der Höhe ihrer Geldsäcke herab oder gebrauchen gegen uns Ausdrücke des Zornes.

Diese Haltung der jüdischen Reichen kann uns natürlich nicht gleichgiltig sein. Einmal beraubt sie uns der Geldmittel, auf welche wir in unserer Herzenseinfalt bei Beginn unserer Anstrengungen bestimmt rechnen zu dürfen glaubten und ohne die eine große friedliche, zugleich wirtschaftliche und politische Volksbewegung in unseren Tagen nun einmal nicht durchführbar ist.

Wir werden die erforderlichen Geldmittel dennoch finden, teils bei jenen jüdischen Millionären, die sich Pflichtgefühl und Idealismus zu wahren gewußt haben, und mit einem Schwunge, der uns im Herzen bewegte, beim ersten Rufe in den Dienst der heiligen Sache getreten sind, teils bei den mittleren und kleinen Leuten unseres Stammes, teils auch, wenn dies nötig werden sollte, in der christlichen Welt, die wir zu überzeugen suchen werden, daß sie bei uns eine sichere und einträgliche Geldanlage findet, und zugleich ohne Opfer ein ideales Sühnewerk vollbringen hilft. Wir werden nicht davor zurückschrecken, die christliche Welt anzurufen, wenn die Feindschaft oder Gleichgiltigkeit der jüdischen Finanzgrößen uns dazu zwingen wird. Wir werden dafür vor unserem eigenen Gewissen Entschuldigung genug finden. Es ist übrigens falscher Stolz, das nötige Geld zur Wiederbelebung eines Landes, das durch den Fleiß und die Kraft des jüdischen Volkes zu neuer Blüte gebracht werden soll, nicht aus jeder anständigen Hand anzunehmen, die es uns anbieten will. Kein Volk bedenkt sich, bei einem anderen Volke Anlehen zu machen, und es ist nicht einzusehen, weshalb das arme Judenvolk wählerischer sein soll, als das gewaltige Ruß-

land oder als die jungen Völker Amerikas und Australiens. Wenn auch unsere Eigenliebe darunter leiden sollte, so werden wir eben leiden. Wo es sich um das Wohl der Judenschaft handelt, haben wir kein Recht, uns in persönlichen Stolz zu hüllen; werden uns Demütigungen zugefügt, so werden wir auch Demütigungen ertragen, und sie in den Schornstein zu den anderen Opfern schreiben, die das Judentum uns auferlegt. Die Schamröte komme über das Haupt der Reichen, durch deren Schuld wir dem Erröten ausgesetzt werden.

Aber noch aus einem zweiten Grunde konnte uns die ablehnende Haltung der meisten jüdischen Großfinanzleute nicht gleichgiltig sein. Die maßgebenden christlichen Kreise, diejenigen, an deren Meinung uns liegen muß, wissen von den inneren Verhältnissen des Judentums nichts, oder so gut wie nichts. Die einzigen Juden, die sie kennen und mit denen sie umgehen, sind die großen Finanzjuden. Teils drängen sich diese unter sie, teils ziehen die christlichen Kreise sie mit habsüchtigen Hintergedanken zu sich heran. In den jüdischen Millionären erblickt der Christ, selbst der geistig vornehme Christ, gleichsam die Blüte des jüdischen Stammes und die ideale Verkörperung der jüdischen Eigenschaften, und er muß glauben, daß das jüdische Volk selbst seine Anschauungen teilt, denn er sieht den jüdischen Millionär nicht blos an der Spitze des Verwaltungsrates der Banken und der Aktiengesellschaften, sondern auch an der Spitze der Gemeinden und aller jüdischen Organisationen. Die Judenschaft scheint durch ihre freie Wahl die Auffassung des Christen zu bestätigen, daß der jüdische Millionär der Vertrauensmann und berufene Wortführer des jüdischen Volkes ist. Der Staatsmann, der Aristokrat, der hohe Offizier, der Professor, der vom Zionismus gehört hat, denn das haben unsere Feinde mit aller ihrer Kunst nicht verhindern können, fragt den jüdischen Millionär, mit dem er verkehrt: „Was ist's mit dem Zionismus?" und erhält als Antwort entweder ein verächtliches Achselzucken oder die lächelnde Auskunft: „Eine Narrheit einiger obskurer Scribler, die von sich reden machen wollen, und einiger russischer Juden, die nichts Anderes als verkappte Nihilisten sind." Ist es ein Wunder, daß die Fragenden sich mit dieser Aufklärung bescheiden und uns dann in dem Lichte sehen, in dem die jüdischen Millionäre uns ihnen zeigen? Es ist uns nicht oft Gelegenheit geboten, die gefälschte Meinung zu berichtigen, und es ist der zionistischen Bewegung namentlich in ihrem ersten Wagestücke hinderlich, daß sie von christlichen Kreisen nicht recht gewürdigt wird, deren Wohlwollen für sie sehr wichtig wäre und auf deren Wohlwollen der Zionismus bestimmt rechnen könnte, wenn die christliche Welt über ihn besser unterrichtet wäre.

Den Widerstand der jüdischen Finanzgrößen zu brechen, sie zum Zionismus zu bekehren, darauf müssen wir vorerst verzichten. Dagegen dürfen wir es nicht unterlassen, die christliche Welt darüber aufzuklären, daß die jüdischen Millionäre weder die Verkörperung jüdischer Eigenschaften noch die berechtigten Vertreter des jüdischen Volkes sind, und daß es nicht das Geringste gegen den Zionismus beweist, wenn sie von ihm nichts wissen wollen. (Beifall.)

Die jüdischen Millionäre, und um es nicht wiederholen zu müssen, betone ich ein- für allemal, daß ich immer nur von ihrer Mehrheit, vom Durchschnitte der Gattung spreche, dagegen sehr wohl weiß, daß es unter ihnen eine Minderheit von achtunggebietenden Ausnahmen giebt, die jüdischen Millionäre haben kein Recht, im Namen des jüdischen Volkes zu sprechen, denn sie kennen es nicht und haben keine Fühlung mit ihm. Alle ihre Aeußerungen sind deshalb lediglich persönliche Meinungen, die blos die Gefühle der Sprecher selbst und ihres engsten Gesellschaftskreises ausdrücken. Daß die jüdischen Finanzgrößen aber keine Zionisten sind, das ist verzeihlich. Ihr Reichtum gewährt ihnen alle Befriedigungen, die man sich um Geld verschaffen kann, und es giebt heutzutage sehr wenig Befriedigungen, die nicht ihren Marktpreis haben. Weshalb sollten sie Zionisten sein? Um ihre materielle Lage zu verbessern? Das haben sie nicht nötig. Um einem geschichtlichen und sittlichen Ideal zu dienen? Sie haben kein Ideal. Die bloße Nennung dieses Wortes genügt, um ihre Heiterkeit oder ihr Mitleid zu erregen. Um der Chicanierung und Verfolgung zu entgehen? Sie leiden nicht darunter, für sie besteht der Antisemitismus thatsächlich nicht. Sie gehören zu den bevorrechteten Ständen, sie werden vom Staate mit Orden, Adelstiteln und Berufungen in's Herrenhaus ausgezeichnet, sie betrachten sich als Mitglieder der Aristokratie, und diese läßt den Anspruch gelten. Der christliche Aristokrat sieht im jüdischen Millionär ein verkörpertes Vermögen, eine Ziffer auf zwei Beinen, und vor einer Ziffer hat ein jeder Realist Achtung. In Geldsachen hört, wie die Gemütlichkeit, so das Rassenvorurteil auf.

Aber noch mehr. Der christliche Aristokrat findet trotz seines gründlichen Antisemitismus den jüdischen Millionär, mit dem er verkehrt, auch als Menschen ganz nett und läßt ihn dies häufig durch eine ungemein sympathische Behandlung fühlen. Das ist psychologisch leicht zu erklären. Der christliche Aristokrat wirbt häufig um eine Stelle im Verwaltungsrat der Bank seines jüdischen Freundes und um die wohlgefüllte Hand seiner Tochter. Aus dem natürlichen Bedürfnisse der Selbstachtung überredet er sich, daß der Mann, dessen Geld er unter verschiedenen Rechtstiteln annimmt, auch an und für sich, abgesehen von seinem Vermögen, ein wünschenswerter Umgang für ihn sei, denn er müßte sich ja vor sich selbst schämen, wenn er sich zu bekennen hätte, daß er in dem Vorsitzenden der großen Bank, in dem Vater der heiratsfähigen Millionenerbin nur den Bündeljuden in Salonausgabe sieht und ihm alle die Gefühle widmet, von denen sein antisemitisches Herz voll ist. Man muß schon ein Cäsar sein, um zu sagen: non olet. Dieser Cynismus großen Stiles in der Geldgier liegt den gewöhnlichen Edelleuten ferne. Der Christ. der nach Judengeld strebt, hält sich selbst verpflichtet, dieses Geld durch ein Achtungsbad für die Großjuden zu reinigen. Ich bin deshalb durchaus zu glauben geneigt, daß die jüdischen Millionäre aufrichtig sind, wenn sie sagen: „Antisemitismus? Was ist das? Das giebt's ja gar nicht." Das ist höchst wahrscheinlich in den meisten Fällen keine gespielte Naivetät, sondern echte. Sie fühlen keinen Antisemitismus, und wenn andere Juden versichern, daß sie ihn fühlen, so wissen sie ein unfehlbares Mittel, dem abzuhelfen. Der Verfolgte braucht blos Millionär und Baron zu werden, dann hört die Verfolgung von selbst auf. Das ist ihre Lösung der Judenfrage.

Wir müssen zugeben, daß diese Lösung auf den ersten Blick eleganter und angenehmer erscheint als die zionistische; aber nicht nur, daß sie nicht Allen zugänglich ist, sie ist keineswegs eine so endgiltige, wie es scheint. Ich habe bisher versucht, zu erklären, warum die meisten jüdischen Finanzgrößen keine Zionisten sind. Es bleibt mir aber noch zu erklären, warum sie gegen den Zionismus nicht blos gleichgiltig sind, sondern ihn mit thätigem Haß verfolgen. Sie fühlen dunkel, daß der Zionismus ihre Kreise stört. Das Judentum war in den Ländern des Westens im Absterben begriffen. Taufen, Mischehen, Freidenkertum lichteten seine Reihen, und der Augenblick konnte annähernd vorher bestimmt werden, wo es sich vollständig würde aufgelöst haben. Gegen die Gefahr des Einströmens frischer Blutwellen aus dem Osten konnte man sich schützen. Ein gutes kleines Verbot der

Einwanderung ausländischer Juden hätten die jüdischen Millionäre wohl mit ihrem jüdischen Einflusse schon durchsetzen können, und wahrscheinlich würden sie die Regierungen nicht lange darum bitten müssen. Unter dem Schutze einer engeren Grenzsperre, über deren unerbittliche Durchführung die Großjuden scharfen Auges gewacht hätten, wäre das Uebel des Judentums allmählich erloschen. Der Zionismus macht diesen Großjudenplan zunichte. Lebende ausländische Juden kann man aus den Ländern des Westens ausschließen, Gedanken nicht. Dringt aber der zionistische Gedanke erst in eine Judenschaft ein, dann will sie nicht länger sterben, dann verjüngt sie sich von innen aus auch ohne fremden Zufluß, dann giebt es wieder Juden und man nimmt auch an jüdischen Millionären die Eigenschaften als Juden wahr, man glaubt nicht, daß sie gute Arier sind. Das ist das große Verbrechen des Zionismus. Das Kabel, das die jüdischen Millionäre an das Judentum knüpfte, war fast ganz durchgesägt und hing nur noch an einem schwachen Faden, den eine letzte geringfügige Anstrengung abgerissen hätte. Da schreit der Zionismus über alle Dächer: „Es giebt ein Judentum, wir sind eine Rasse!" Es giebt leider auch einen Auswuchs des Judentums, aber selbst dieser Auswuchs ist noch jüdisch. Wir schlagen, ohne es zu wollen, Angeln mit Widerhaken in das Fleisch der feigen Ausreißer und binden sie wieder an das Judentum, von dem sie in aller Stille loszukommen hofften. Sie wollten untertauchen, und der Zionismus legt sich ihnen wie eine sonderbare Verbindung von Schwimmgürtel und Zwangsjacke um den wohlgenährten Leib.

Der Vortragende erinnert an die Beispiele aus der Geschichte, daß auch der Reichtum die Juden nicht vor Verfolgung schützte, und sagt dann weiter: „Wir haben auch die Protestrabbiner gegen uns. Soll ich diese Leutchen gleichfalls eines Wortes würdigen? Meinetwegen, ich will es im Vorübergehen thun, der Vollständigkeit halber Was diese wackeren Gemeindebediensteten sagen oder nicht sagen, das hat genau den nämlichen Wert, ihre Bedeutung im Judentum ist gleich Null. Lehrer und Führer des Volkes sind sie längst nicht mehr. Den aufgeklärten Juden sind sie ein Spott, den strenggläubigen ein Aergernis. Ob sie selbst an irgend etwas, außer an ihren Gehalt, glauben, das weiß ich nicht, ich habe auch kein Recht, es zu untersuchen. Daß sie aber nicht verstanden haben, den Glauben in ihrer Gemeinde zu bewahren, das lehrt ein Blick in ihre Synagogen, wo das Minjan für den täglichen Gottesdienst in der Regel besoldet werden muß. In der Menge haben sie die Kenntnis der hebräischen Sprache, der jüdischen Geschichte und Gebräuche nicht zu erhalten gewußt, so daß sie den jüdischen Ueberlieferungen vollständig entfremdet ist. Die jüdischen Reichen, die ihnen Amt und Gehalt geben, zeigen, was sie von einem Judentum halten, dessen Vertreter Protestrabbiner sind, indem sie sich und ihre Kinder der Reihe nach taufen lassen. Jetzt machen diese wackeren Männer den Reichen den Hof, daß sie ihre salbungsvolle Stimme im Namen der jüdischen Religion gegen den Zionismus erheben. Ich habe nicht den Beruf, die jüdische Religion gegen diese unvermuteten Verteidiger in Schutz zu nehmen, aber ich kann nur sagen: Dieser Zug der Feindschaft gegen die echteste und tiefste Bewegung, die das jüdische Volk je gekannt hat, fehlte uns bisher im Charakterbilde der Protestrabbiner. Jetzt ist das Bild vollständig.

Schließlich bespricht der Vortragende die Stellungnahme der jüdischen Proletarier, der jüdischen Arbeiter zum Zionismus. Auf ihre Mitwirkung könne der Zionismus nicht verzichten und sie müßte man, woferne sie ihm widerstehen, überzeugen. Redner führt aus, daß die Ideen des Sozialismus auch innerhalb des Zionismus Raum finden, und spricht die Befürchtung aus, daß die Juden auch seitens des Sozialismus Enttäuschungen erleben können, wie sie sie nach der großen Revolution und mit dem Liberalismus erleben mußten. (Anhaltender Beifall.)

Einschaltend sei bemerkt, daß der große Zudrang zu der Versammlung nicht etwa einer entsprechenden Zahl der hiesigen Anhängerschaft des Zionismus zuzuschreiben ist. Unter den Hörern bildeten die Zionisten, die den letzten Mann aufgeboten hatten, eine kleine Minderheit. Das ließ sich selbst dadurch nicht verdecken, daß die anwesenden Zionisten der Tiefe ihrer Ueberzeugung durch den vollen Aufwand ihrer sehr respektablen Lungenkraft Ausdruck gaben, sei es in dem klaquenhaft wohlorganisierten Beifall, der jedes tönende Wort ihres Vortragenden quittierte, sei es in den lärmenden Mißfallenskundgebungen, mit denen sie jede kräftige Erwiderung zu unterbrechen versuchten. Die Stimmung und Meinung der großen Mehrheit wurde unzweifelhaft offenbar in der minutenlangen stürmischen Begrüßung, die nach dem Nordauschen Vortrage der Ankündigung folgte, daß Redakteur M. A. Klausner gegen Herrn Dr. Nordau das Wort nehmen werde. Der Inhalt der Klausnerschen Ausführungen sei hier kurz wiedergegeben:

„Herr Dr. Nordau hat in der Einleitung seines Vortrages unter Berufung auf den römischen Rechtsgrundsatz, daß die Vermutung der Zustimmung erwecke, wer schweigt, wo er hätte reden können und reden sollen, als Anhänger des Zionismus alle Juden angesprochen, die nicht ausdrücklich gegen den Zionismus sich erklärt haben. Ich muß verneinen, daß der Zionismus eine Bedeutung gewonnen hätte, die jeden Juden zur lauten Parteinahme für oder wider zwingt; ich muß in Abrede stellen, daß alle die, die in wirklicher oder scheinbarer Gleichgiltigkeit verharren, auf dem bequemen Wege des Schweigens ihrer Zustimmung zu den zionistischen Plänen Ausdruck geben wollen. Weit eher wäre ein gegenteiliges Verfahren zu rechtfertigen, denn zum lauten Gegenbekenntnis gegen eine Bewegung fühlt sich in der Regel nur veranlaßt, wer in dieser Bewegung eine Gefahr sieht, vor der er warnen zu müssen glaubt, während die nichtachtende Abwendung sich durch Schweigen hinreichend kenntlich macht. Unter allen Umständen ist die Nordausche Methode, jeden guten Juden einen Zionisten zu nennen und jeden Nichtzionisten als einen schlechten Juden hinzustellen, eine verwerfliche petitio principii, d. i. eine Art logischen unlauteren Wettbewerbs.

Ganz besonders übel ist Herr Dr. Nordau mit den jüdischen Millionären umgesprungen, die er in ihrer großen Mehrzahl teils als Trottel teils als Schufte geschildert hat, als ideallose und idealfeindliche Menschen, und von denen er doch im Grunde nur sagen konnte, daß sie seine Ideale nicht teilen. Ich stehe gewiß nicht in dem Verdacht, allzu große Ehrfurcht zu hegen weder vor den Geldsäcken, noch vor denen, die darauf sitzen, aber ich weiß und jeder weiß mit mir, daß unsere jüdischen Millionäre in ihrer großen Mehrzahl allezeit eine offene Hand haben für jedes Wohltätigkeitswerk und für jedes Wohlfahrtsunternehmen. Woher hat Herr Dr. Nordau die Urbilder seiner Millionär-Zeichnungen genommen? (Zwischenrufe von verschiedenen Seiten: Aus Paris! Aus London! Aus Frankfurt am Main!) — Und wenn Sie die ganze Summe der Ihnen verfügbaren geographischen Nomenklatur vor mir ausbreiten, so werden Sie mich doch nicht bereden, daß Herr Dr. Nordau ein Konterfei und nicht vielmehr eine Karrikatur unserer Millionäre geliefert hat. Das war nicht blos ein Unrecht von Herrn Dr. Nordau, sondern auch seinen eigenen Absichten abträglich, denn es muß einen peinlichen Eindruck auf jeden Unbefangenen machen, wenn er die Personen schmäht, deren Mitwirkung

und Hilfe er eben erst, allerdings vergeblich, angerufen hat. Es muß einen peinlichen Eindruck machen, wenn Herr Dr. Nordau sagt, unsere Millionäre hätten in der „greulichen jüdischen Erbkrankheit der Schnorrsucht“ sich an die Aermsten unter unsern armen Glaubensgenossen im Osten mit der Bitte gewandt, sie sollten das Opfer ihrer Ruhe dem zitternden Behagen der Millionen bringen. So sollte man nicht von den Millionären und nicht von der „greulichen jüdischen Erbkrankheit der Schnorrsucht“ sprechen, nachdem man eben die zum Empfangen geöffnete Hand diesen Millionären entgegengestreckt hat. Das sieht mehr wie der Ausdruck der Verärgerung, als wie der eines ungetrübten Urteils aus. Unsere Millionäre, meint Herr Dr. Nordau, hassen den Zionismus, weil er im Westen die Auflösung des Judentums durch Taufen und Mischehen — durch Mischehen, betonte Herr Dr. Nordau — aufhalte. Wären unsere Millionäre wirklich so fluchtbereit, der Zionismus würde ihre Flucht nur beschleunigen. — Die Zionisten haben, nach Herrn Dr. Nordau, wieder ein Band um alle Söhne Abrahams geschlungen. Nein, dieses Band ist am Sinai gewoben worden, es bedarf keiner Erneuerung, denn es ist unzerreißbar!

Herr Dr. Nordau hat sodann von den Protestrabbinern gesprochen, sie „Leutchen“ und im Antoniustone „ehrenwerte Gemeindebedienstete“ genannt, die nicht verstanden hätten, den Glauben in ihren Gemeinden zu pflegen und zu erhalten. Als ich diese Worte hörte, stiegen die ehrfurchtgebietenden Gestalten meiner Vorfahren vor mir auf, Rabbinen in Israel, denen die Schuhriemen zu lösen Sie, Herr Dr. Nordau, nicht würdig sind. (Herr Dr. Nordau macht in einer Zwischenbemerkung darauf aufmerksam, daß er nur von den Protestrabbinen, nicht von den alten Rabbinen gesprochen habe, und daß er die Einschätzung seiner Würde sich selbst vorbehalte.) Was kann Herr Dr. Nordau den Protestrabbinen zum Vorwurf machen? Sie sind in einer Frage, die ihnen wenigstens in erster Reihe eine religiöse Frage ist, nicht seiner Meinung, und dem haben sie nach Pflicht und Gewissen Ausdruck gegeben. Das ist kein Grund, sie zu beschimpfen. Dieser Schimpf fiele übrigens auf uns zurück, die wir solche Rabbiner gewählt haben, daß sie unsere Lehrer sein sollen. Stehen die Synogogen wirklich leer, so sind wir es, die dort fehlen, nicht die Rabbiner, und wir müssen bekennen: nostra culpa, nostra maxima culpa!

In grellem Gegensatz zu der Art, in der Herr Dr. Nordau von unseren Millionären, die dem Zionismus das Geld, und von unseren Rabbinen gesprochen, die dem Zionismus den Segen versagen, stehen die schmeichelnden Töne, die er für das jüdische Proletariat gefunden. Die Absage auch nur eines Teiles des jüdischen Proletariats an den Zionismus würde ihn, Dr. Nordau, zwingen, sich trauervoll zurückzuziehen und auf seine alten Tage ein neues Ideal zu suchen. Ich halte es für übrig, auf seine Werbungen um die Gunst des jüdischen Proletariats einzugehn, denn ich halte Werbungen von so dürftigem Gedankeninhalt und in solcher Weise vorgebracht, für aussichtslos. Auch hier, meine ich, hat Herr Dr. Nordau sich arg im Tone vergriffen und seiner Absicht entgegengearbeitet. Die Bedeutung von Marx und Lassalle für den Sozialismus lasse ich unerörtert. Doch wenn sie hier als Juden angesprochen werden, so muß ich sagen, daß sie wohl als Juden geboren, aber nicht wirklich Juden gewesen sind. Will man sie als Heilige preisen, wozu wir keine Veranlassung haben, so sind sie Heilige, die im jüdischen Kalender nicht stehen.

Ich mag die Nordauschen Ausführungen noch so sorgfältig durchforschen, ich finde darin keine Spur von Thaten, die gethan worden sind, oder von Thaten, deren Ausführung wir erwarten dürfen. (Zwischenrufe: Die Baseler Kongresse! — 36 Kolonien in Palästina! — Die heutige Versammlung!) Die Kongresse sollen Thaten gewesen sein? Das wären sie, wenn man ihren Wert nach dem Lobe bemäße, das die Kongreßmänner sich selbst gespendet! Was haben Sie denn in Basel gethan? Sie sind ein erstes Mal zusammengekommen und haben mit der Zunge gerasselt; Sie sind ein zweites Mal zusammengekommen und haben wieder mit der Zunge gerasselt! Der Kolonisation aber hat sich der Kongreß feindlich gegenübergestellt und sie als „Infiltration“ verdammt. Das hat freilich die Kolonisation nicht aufgehalten, doch Sie sind es nicht, die das Verdienst sich zuschreiben dürfen.

Mit geheimnisvollen Andeutungen hat Herr Dr. Nordau von der Huld eines ungenannten Monarchen gesprochen, die dem Zionismus zugewendet sei. Hier fehlt mir die Kontrolle. Doch wenn der Zionismus, wie Herr Dr. Nordau sagte, mit dem Judentum so identisch ist, so hat jene ungenannte Majestät weit nähere Gelegenheit, ihre huldvolle Gesinnung zu bethätigen.“

Herr Dr. Nordau mußte einige Zeit warten, ehe er zur Duplik das Wort nehmen konnte, denn die Versammlung brauchte einige Zeit, um nach ihrem Wunsche zu erkennen zu geben, daß sie in ihrer großen Mehrheit den Klausner'schen Ausführungen beipflichte. Nach dieser notwendigen Pause erklärte **Herr Dr. Nordau**, daß er im Rahmen eines Vortrages über ein bestimmtes Thema nicht über die Ziele des Zionismus und seine Thaten im einzelnen sprechen könne; daß es eine absolut ungerechtfertigte Unterstellung sei, wenn man ihm nachsage, er habe bei den jüdischen Millionären persönliche Vorteile gesucht, und daß der Vorredner zu Unrecht ihn mit dem Zionismus identifiziert und ihm dadurch eine Verantwortlichkeit auferlegt habe, die er nicht tragen könne. **Dr. Klee** nahm für den Zionismus das Verdienst in Anspruch, die jüdische Jugend aufgerüttelt und mit neuem Selbstbewußtsein erfüllt zu haben; der frühere **Judenmissionar** und Pastor a. D. **Faber** bezeugte die Sympathien der Kaukasusjuden, die dichter und zahlreicher wohnten, als die Juden im Westen Europas, für den Zionismus; Herr **Friedemann** und Herr **Mozkin** kamen polemisch auf Aeußerungen zurück, die Herr Klausner in früheren zionistischen Versammlungen gethan; Herr **Ewer** betonte das Deutschtum der Juden in Deutschland; Herr **Siegmann** protestierte gegen die Inanspruchnahme der Mehrzahl der Juden für den Zionismus und meinte, daß die Nordau'schen Ausführungen Wasser auf die Mühle des Antisemitismus seien; Herr **Goldschmidt** wies die Nordau'sche Behauptung zurück, daß der Sozialismus sich antisemitisch häuten werde. Zum zweiten Male nahm Herr **Klausner** das Wort zu ungefähr folgender Ausführung:

„Die Reihe der Einreden des Herrn Dr. Nordau bedeutet eine Reihe von Mißverständnissen, von denen ich annehmen darf, daß keiner der Hörer sonst sie geteilt hat. Mir ist der Gedanke nicht gekommen, Herr Dr. Nordau habe persönliche Vorteile gesucht; das Gegenteil ist selbstverständlich. Bedauert er, daß ich auf seine Andeutung von der dem Zionismus winkenden Huld eines Monarchen eingegangen bin, so muß er seine Anklage gegen sich selbst wenden, denn nachdem er öffentlich davon gesprochen hat, ist es mir natürlich gestattet, in der gleichen Oeffentlichkeit davon zu reden. Ein Mißverständnis ist es auch, daß ich Herrn Nordau mit dem Zionismus identifiziert hätte. Ich habe im Gegenteil genau gesondert zwischen der Verantwortung des Herrn Dr. Nordau und der des Zionismus und die Unterscheidung zwischen beiden

scharf betont. Den sympathischen Ausführungen des Herrn Dr. Klee habe ich entgegenzuhalten, daß er im Irrtum ist, wenn er im Zionismus den Erwecker der jüdischen Jugend sieht. Er verwechselt Ursache und Wirkung. Der Zionismus ist nur eine Form des Ausdruckes des wiedererwachenden jüdischen Bewußtseins; das Verdienst dieses Erwachens aber hat der Antisemitismus, haben die Stöcker und Ahlwardt."

Nachts 1 Uhr war die Versammlung beendet.

Der religiöse und der soziale Mensch nach der mosaischen Lehre.

(Zum laufenden Wochenabschnitt.)
2. Buch Mos. Cap. 21. 22.
Von Rabbiner Dr. B. Seligkowitz-Cöthen.

In dem heutigen Wochenabschnitt werden eine Reihe von Gesetzen aufgestellt, die wir als die Grundzüge des jüdischen Civilrechts bezeichnen können. Die alten Lehrer machen darauf aufmerksam, daß den grundlegenden Lehren am Sinai Rechtsbestimmungen sowohl vorausgehen als auch nachfolgen, und knüpfen hieran die Bemerkung: Recht auf der einen Seite, Recht auf der andern Seite, und in der Mitte die Gotteslehre, gleich wie ein hohes Gut, das zu beiden Seiten bewacht wird von flammenden Schwertern; und sie legen sogar Mose die Worte in den Mund: „Hier habt ihr die Lehre! Handelt ihr nicht nach den bürgerlichen Rechtsbestimmungen, so nimmt man euch auch die Lehre". Die alten Lehrer wollen damit sagen: nicht blos die allgemeine Grundlage und die Quelle des Rechts fließt aus der sittlichen und religiösen Anlage der Menschen, sondern selbst die kleinen rechtlichen Verhältnisse des „Mein" und „Dein" werden in der mosaischen Lehre von dem religiös-sittlichen Gedanken durchtränkt.

Hiermit ist der grundlegende Charakter der mosaischen Lehre hinsichtlich der Verhältnisse zwischen dem sozialen Leben und der religiös-sittlichen Aufgabe des Menschen ausgesprochen. Die mosaische Lehre erkennt Religion und Gesellschaft als identisch. Der religiöse und soziale Mensch ist ihr nicht getrennt, zerfällt ihr nicht in zwei gesonderte Richtungen des Menschen, sondern ist ihr eins. Die menschliche Gesellschaft ist ihr nicht ein auf sich selbst beruhendes, völlig unabhängiges und nur menschlich-individuelles Institut, sondern es muß, indem sie alles auf Gott zurückführt, Gott als den Repräsentanten der Gesamtheit hinstellt, die Gesellschaft als die Verwirklichung der Religion betrachtet, einerseits das religiöse Gesetz auch das der Gesellschaft sein, und es erfüllt andererseits der Mensch ein religiöses Gesetz, indem er das bürgerlich-soziale erfüllt. Dieselbe Erkenntnis, derselbe Begriff, dieselbe Lehre muß Unterlage der Religion, der Moral und des sozialen Lebens sein. Der Mensch erfüllt seine wahre Bestimmung nur innerhalb der menschlichen Gesellschaft. Um Gott treu zu bleiben, genügt es, das, was recht und billig ist, und alles was das nationale Bedürfnis gebieterisch verlangt, zu verrichten. Dies aber faßt sie nicht in dem Sinne auf, daß sie darum aufhörte, die Unsterblichkeit des Geistes zu lehren, ein jenseitiges Leben als die Erfüllung des irdischen, als die Erfüllung alles dessen, was das irdische Leben an Erkenntnis und Liebe unvollendet läßt, an das Erdenleben zu knüpfen, vielmehr hält sie diese ganze Heilslehre fest; nur verlegt sie nicht den Schwerpunkt des ganzen menschlichen Daseins in ein verdecktes überirdisches Reich, sie erkennt vielmehr das Erdenleben als selbständig und vollgültig, als Entfaltung des menschlichen Wesens in Gedanken und That, als verherrlicht durch die großartige Entwickelung der Menschheit aus der rohen Natürlichkeit der Individualität, der Selbstsucht zur allgemeinen Herrschaft der naturgemäßen Freiheit und Gleichheit, d. i. der wahrhaften Liebe, und findet hierin die selbständige göttliche Bestimmung der Menschen auf Erden.

Und darin besteht hauptsächlich das Charakteristische in den Konsequenzen der mosaischen Religion im Unterschiede von der Tochterreligion. Dieser wurde von jeher der ruhige Gang und die naturgemäße Entwickelung des gesellschaftlichen Lebens und Strebens durch die Konflikte zwischen den sozialen Verhältnissen und der Religion auf unerfreuliche und unerquickliche Weise unterbrochen und gestört. Dieses Gähren und Streben hat sich bis zur Stunde noch nicht geklärt. Den rechten Weg, die goldene Mittelstraße zu finden, auf der die nach Glück und Seligkeit strebende Menschheit ruhig und sicher ihrem Ziele, unter dem sichern Schutze der sozialen Einrichtungen und unter der sanften Leitung der Religion entgegengehen könne, scheint so schwer gelingen zu wollen. Wenn die Propheten die glanzvolle und glückliche Zukunft, die Messiaszeit der Menschheit schildern wollen, so sagen sie: die Menschenwelt wird einem ruhigen, stillen Meere gleichen. Man kann auch das Drängen und Wogen der Gedanken und Meinungen nicht treffender als mit einem empörten Meere vergleichen, das mit seinen treibenden und schäumenden Wellen von einem Ufer ganz zurücktritt und am entgegengesetzten desto höher steigt. So schwer will es gelingen, das Gleichgewicht zwischen weltlichen und religiösen Verhältnissen herzustellen; bald überstürzt sich das soziale Bürgertum, bald überhebt sich die gesellschaftliche Religion, und so schwankt die Gesellschaft von einem Entgegengesetzten zum andern. Es gab Zeiten, in denen sich die kirchliche Gewalt die Suprematie vindizierte und die Oberherrschaft errang. Dann trat wieder das Gegenteil ein: die geistliche Macht wurde aufgehoben und zerstört, der Einfluß der Kirche wurde geschwächt. In der Neuzeit wird wiederum von den Vertretern der Wissenschaft vielfach behauptet, R ligion und soziales Leben haben nichts miteinander gemein. Das irdische, bürgerliche, äußere Leben des menschlichen Geschlechts ist ein anderes, als ihr inneres geistiges oder religiöses Leben. Der soziale Organismus ist daher eine völlig selbständige, auf sich selbst ruhende Gestaltung und hat als solche keine andere Voraussetzung, als die Idee der Gerechtigkeit; die äußere Voraussetzung jener Gestaltung ist der Wechselverkehr der Menschen, ihr Zusammenleben in wechselseitigen, geselligen Verhältnissen; die innere Grundlage ruht in der Willensbestimmtheit des Menschen, jeglichem das Seine zu gewähren, Unrecht zu meiden und Recht zu üben. Auf diesen Grundlagen erbaut sich im Gebiete des sozialen Lebens ein Rechtszustand, es entsteht eine soziale Lebensordnung, und zu deren Wahrung und Schirmung eine angemessene äußere Verwaltung, mit den entsprechenden Mitteln und Gewalten ausgerüstet. Die Religion dagegen hat es mit der Verklärung des Menschen, mit seinem

Seelenheil, mit seinem unsterblichen Teil zu thun; sie belehrt, ermahnt, schärft das Gewissen, kümmert sich aber um das soziale Leben weiter nicht. Befinden sich jedoch unter diesen Umständen soziales Leben und Religion besser? Man muß entschieden mit „nein“ antworten. Nicht Vernunft und Verstand allein können die menschliche Gesellschaft begründen und beglücken; sie nehmen die Richtung hinab in das Irdische, auf das Sinnlich-bequeme, Nützliche und Angenehme; der Mensch ist das klügste, aber auch das furchtbarste unter den Tieren. Was der Mensch viele Jahrhunderte hindurch für das Wohl der menschlichen Gesellschaft geschaffen, für das politische Leben begründet, bleibt unvollkommen und hinfällig wie alles Irdische, wenn es nicht die Offenbarung befragt. Erst durch die Kundgebung der Gottheit tritt der Geist des Sterblichen in die Reihe gerechter und weiser Gesetzgeber, wird ihm der Schöpfer der Unendlichkeit zum Ratgeber, die ganze menschliche Gesellschaft zur Heimat; und was er innerhalb des sozialen Organismus wirkt, ist nicht für eine Spanne Zeit, sondern für ein endloses Dasein berechnet.

Aber auch die Religion befindet sich nicht besser, wenn sie ihren Schwerpunkt nach dem Ueberirdischen verlegt, ohne sich um das soziale Leben zu kümmern. Wo die Religion nicht mit dem ganzen sozialen Leben verwebt und verschmolzen ist, wird der Glaubenseifer verabscheut, für Unklugheit gehalten, als nicht verträglich mit Weisheit und Aufklärung erachtet; da rechnet man es zum Ruhme, des Glaubenseifers zu spotten, über die Priestergemeinschaft und ihren Beruf zu scherzen, die Diener des Altars für schlaue Heuchler und die Religion für einen zum Vorteil der Priester erfundenen Glauben finsterer Zeitalter zu halten.

Worin aber liegt der ursprüngliche Grund zu dieser Trennung, die von jeher zwischen Religion und sozialem Leben besteht?

Der Grund liegt darin, daß das Christentum in seiner ursprünglichen Anlage mit der mosaischen Lehre dadurch brach, daß es den Satz proklamierte und zur Geltung bringen wollte: Mein Reich ist nicht von dieser Erde; ferner: gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Das ursprüngliche Christentum lehnte alle weltliche Herrschaft, alle Verbindung mit den Thronen und Kronen der Erde ab; es stellte den Satz auf: Religion und soziales Leben müssen von einander getrennt sein, müssen die gegenseitige Durchdringung ein für allemal aufgeben, können sich niemals assimilieren, niemals organisch sich vereinigen. Indem das Christentum so die Konsequenz der religiösen . dee abbrach, mußte es gedrungen sein, sich einen anderen Schwerpunkt zu suchen, und diesen fand es im Jenseits, im Ueberirdischen. Während die mosaische Lehre das Göttliche mit dem Menschlichen in den engsten Verband zu bringen und dadurch ein vom Göttlichen durchdrungenes soziales, bürgerliches Leben zu bewerkstelligen gesucht, löste das Christentum das Göttliche von dem Menschlichen gänzlich los, ließ den Menschen sein eigentliches Dasein im Jenseitigen finden, zu dem er im Erdenleben nur durch Lösung vom Irdischen, durch Verachtung des Irdischen gelangt; die irdische Welt mit ihren sozialen und bürgerlichen Interessen erscheint ihm als profan, als geistig gehaltlos, für den Geist nur als Gegenstand der Verleugnung. Das Eigentümliche der mosaischen Lehre besteht darin, daß die religiöse und politisch-soziale Sphäre des Lebens vollkommen mit einander verschmolzen sind, sodaß, wenn auch nicht jedes religiöse Gesetz und jede religiöse Pflicht zugleich auch politischer Natur ist, doch umgekehrt, die Uebertretung oder Nichterfüllung jeglichen Gesetzes, auch der scheinbar äußerlichsten Art, eine direkte Verletzung des göttlichen Willens, Sünde ist. Von Gott und seinem heiligen Willen gehen alle Gesetze und Verordnungen aus; das Leben muß von dem Prinzip des Göttlichen, wie der Körper von dem Nervenfluidum, wie der Raum von der Luft durchdrungen werden. Sittlichkeit, Politik, soziales Leben, Religion müssen zu einem einigen Ganzen verwachsen: die Religion kann die Gesellschaft nicht aufgeben; ihr Reich ist allerdings von dieser und in dieser Welt. Derselbe Gott, der dem Menschen die Moral geoffenbart, damit er auf der Bahn der Sittlichkeit sicheren Schrittes wandele und nicht wanke, derselbe Gott hat auch die Gesetze für das soziale und bürgerliche Leben in ihren Grundzügen gegeben und den Boden gezeigt, auf dem die Menschen im gesellschaftlichen Verkehr einhergehen sollen. Diese so nach Ursprung, Dasein, Entwickelung, Zweck und Ziel göttlich bestimmte Ordnung des religiösen und sozialen Lebens sollte sich verwirklichen bei einem bestimmten Volke, dem Volke Israel, und auf einem bestimmten Territorium, dem Lande Kanaan, das dem Stammvater zugleich mit seiner Auserwählung von Gott war vorgeschrieben worden.

Der Tempel zu Jerusalem wurde zerstört, die Selbstständigkeit der Juden war dahin; das Judentum hörte auf an einen Staat geknüpft zu sein; aber das Ideal für die menschliche Gesellschaft, wie es das Judentum vorzeichnet, lebt immer und ewig; Israel trägt es in seinen Grundzügen in allen Staaten umher.

Die Juden bilden daher nirgends, wo sie als treue Anhänger des Vaterlandes leben, eine Gesellschaft in der Gesellschaft; sie lebten immer isoliert vom allgemeinen politischen Leben, aber nichtsdestoweniger sind die sozialen und politischen Fragen aller Staaten in seiner Thora entschieden; sie lehrt in ihren Institutionen, wie das Religiöse und das Soziale verschmolzen sein, wie das eine das andere durchdringen müsse. Es darf die Lehre von dem Leben und der Gesellschaft nicht unterschieden werden, es muß der Mensch als Individuum und als Glied des sozialen Organismus auf dem Boden des Religiösen stehen; das ganze Leben ist Religion und Religion enthalte das ganze Leben.

Erwägen wir dies, so sehen wir leicht ein, daß die moderne Kultur mit ihren Bestrebungen, Resultaten und idealen Zielen eine Bestätigung der organischen Verbindung von Religion und sozialem Leben ist, wie sie in der mosaischen Lehre ausgesprochen ist. Das Unterscheidende der modernen Kultur besteht gerade darin, daß in ihr der Menschheit der geistige Sinn, das geistige Interesse für die irdische Welt aufgegangen ist, daß die Menschheit anfing, in ihr ein wunderbar kunstvolles Mittel für die Zwecke des Geistes zu sehen; das jetzige Geschlecht hat seine wirklichen Zwecke mit der Welt merklich besser verstehen gelernt, und ist für ihre Erreichung ernster und zweckmäßiger thätig als die früheren Generationen. Die Gesamtaufgabe der Menschheit besteht nach der modernen

Weltanschauung in der Herstellung eines fühlbaren und erlebbaren Gutes, in der Erreichung der höchsten körperlichen und geistigen Ausbildung und Charaktervollendung der Menschen und der Herbeiführung solcher bleibenden Zustände und Einrichtungen, die solcher individuellen Ausbildung aller Menschen entsprechen. Ist auch die Bestimmung des Menschen, wie es als selbstverständlich in ihrem Begriffe liegt, eine ewige, im irdischen Leben nicht vollendbare, ist daher das ganze irdische Leben nur eine Vorbereitungsstufe des wahren ewigen Lebens, das uns die Religion als die Krönung des Sittlichen verheißt, so sollen doch in diesem Vorbereitungsstadium die Kräfte und Fähigkeiten des Menschen zur thunlichst vollen und schönen Entwickelung gelangen, die in der Naturanlage des Menschen begründet sind, deren Entwickelung selbst in ihrem allmählichen Fortschritt als Befriedigung und Glück gefühlt wird.

Von diesem allgemeinen Gesichtspunkte aus fallen alle Wissenschaften und Künste, Technik, Handel und Industrie, überhaupt die sachgemäße Gestaltung aller politischen und sozialen Verhältnisse ausnahmslos in den Kreis des Sittlich-Religiösen, d. h. sie erhalten ihre Weihe und ihren besondern Wert durch ihre Rückbeziehung auf den sittlichen Endzweck, der in dem gemeinsamen Grunde alles Lebens und aller Wirklichkeit wurzelt, in Gott, der uns und allen Wesen die wahre Bestimmung vorgezeichnet hat. Gott ist der lebendige Quell und Grund alles Guten. Im Lichte der Religion und im Gefühle der Hingebung an sie klärt sich erst der wahre Sinn dessen, was wir sollen. Nur als gottgewollte Ziele haben die menschlichen Ziele ihren Wert. Das ist die Quintessenz der idealen Ziele und Bestrebungen der modernen Kultur, und das ist auch die Quintessenz der mosaischen Lehre von der organischen Durchdringung des bürgerlichen, sozialen Lebens und der Religion. Die Lehren und Vorschriften der Religion müssen die belebende, innere Sonne der politischen und sozialen Welt sein, das, was das bürgerliche Leben vergöttlicht und ihm die wahre Bestimmung, Kraft und unwandelbare Richtung giebt.

Wochen-Chronik.

Wochen-	Februar 1899	Schebath / Adar 5659	Kalender.
Freitag . . .	3	23	Sabb. Anf. 5,00
Sabbat . . .	4	24	יתרו (Neumondsweihe.) S. A. 5,39
Sonntag . . .	5	25	
Montag . . .	6	26	
Dienstag . . .	7	27	
Mittwoch . . .	8	28	
Donnerstag . .	9	29	ער״ח
Freitag . . .	10	30	א׳ דר״ח Sabb. Anf. 5,12
Sabbat . . .	11	1	משפטים ב׳דר״ח Sb. Ag. 5,51

Berlin, den 30. Januar. (Gute Auffassung.) Gleich uns hat die Hildesheimersche „Presse" in vergangener Woche die Rede des Herrn Unterrichtsministers D. Dr. Bosse vom 21. v. M. nach dem amtlichen stenographischen Bericht wiedergegeben. In dieser Rede heißt es wörtlich:

„Ich habe an das Provinzialschulkollegium geschrieben: wenn ihr den jüdischen Lehrerinnen Ordinariate giebt, oder wenn die Stadtschuldeputation ihnen solche anvertrauen will, so soll sie es wenigstens in solchen Klassen thun, in denen mehrere jüdische Kinder sind, kurz nach einem gewissen Verhältnis. Dieser Entscheid ist auch vom Provinzialschulkollegium der Stadtschuldeputation mitgeteilt, aber er ist nicht so ausgeführt, wie ich es gemeint habe. Bei der Ausführung der Sache hat man die drei ältesten, seit vielen Jahren bewährten jüdischen Lehrerinnen einfach aus dem Ordinariat entlassen, während es doch sehr leicht gewesen wäre, sie an eine Klasse zu versetzen, in der überwiegend jüdische Schülerinnen waren. Dann wäre von einer Verletzung dieser Damen gar keine Rede gewesen. Ich kann nur sagen, ich habe von ihrer Treue und der ganzen Auffassung ihres Berufes einen ausgezeichneten Eindruck gehabt, (hört, hört! links) und es hat mir gänzlich fern gelegen, sie aus ihrem Ordinariat zu verdrängen. . . . Ich habe inzwischen Fürsorge getroffen, daß jede persönliche Schärfe in der Ausführung meiner Verfügung vermieden wird."

Dazu bemerkt die Hildesheimersche „Presse":

„Die grundsätzliche Wichtigkeit dieser Stellungnahme des Unterrichtsministers, welche — um nur das Betrübendste hervorzuheben — die Bemühungen, eine Aufhebung der Verfügung über die Ordinariate der jüdischen Lehrerinnen herbeizuführen, aussichtslos erscheinen läßt, braucht nicht dargethan zu werden. Wir behalten uns ein Eingehen auf die ministeriellen Darlegungen für nächste Nummer vor."

Man kann der richtigen Auffassung einfacher Dinge gar nicht mit größerer Sorgfalt aus dem Wege gehen.

S. **Posen**, 29. Januar. (Gemeinde-Verbandstag.) Die auf heute Nachmittag $3^1/_2$ Uhr hierher einberufene Generalversammlung des Verbandes der Synagogen-Gemeinden des Regierungsbezirks Posen war von auswärtigen Mitgliedern nicht zahlreich besucht. Der Verbandsvorsteher, Herr S. Schönlank, eröffnete die Versammlung mit einem Berichte über das Verwaltungsjahr 1898. Es sind 4 Gemeinden (Samter, Rackwitz, Schwersenz, Wronke) dem Verbande neuerdings beigetreten, 4 Gemeinden (Meseritz, Miloslaw, Ostrowo, Podewitz) infolge unterbliebener Beitragszahlung ausgeschieden, so daß die Zahl der Verbandsgemeinden unverändert wie im vorigen Jahre geblieben ist. Gemäß dem Beschlusse der vorjährigen General-Versammlung sind zur Ausbildung von reichsangehörigen jungen Leuten zu Kultusbeamten, die hierorts unter Leitung des Herrn Gemeinderabbiners stattfindet, und zur Förderung bezw. Einrichtung von Religionsunterricht in kleinen Orten des Regierungsbezirkes Posen Subventionen in Höhe von zusammen ca. 900 Mk. verausgabt worden. Der Verbandsvorsteher wird wie bisher bemüht sein, durch Umfragen zu ermitteln, wo in kleinen Ortschaften des Regierungsbezirkes eine Förderung des Religionsunterrichtes dringend erforderlich ist, um auch ihn durch Subvention möglichst zu fördern. Zu dem am 17. Oktober v. J. in Berlin abgehaltenen ersten Verbandstage hat der hiesige Verband einen Vertreter deligiert. Die Beschlüsse dieses Verbandstages werden verlesen. Bezüglich der Armenpflege sind vor mehreren Wochen seitens des hiesigen Verbandes die Vertreter der hiesigen Wohlthätigkeitsvereine zu einer Besprechung wegen Begründung

eines Arbeitsnachweises für jüdische Personen eingeladen worden. Es wurde beschlossen, hier einen solchen Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen. Wie in Berlin hat auch hier die Bne-brith-Loge das übernommen. Die Vorarbeiten sind begonnen. Bezüglich der Wanderbettelei ist zu konstatieren, daß in jüngerer Zeit die meisten Wanderbettler aus Galizien kommen. Herr Rabbiner Dr. Feilchenfeld hatte auf diesseitige Anregung die Güte, sich an die Alliance Israélite zu wenden, um zu veranlassen, daß in Galizien Arbeitsstätten errichtet werden sollen, damit arbeitsfähige Personen dort lohnenden Erwerb finden sollen. Es ist zu hoffen, daß diese Anregung zum erwünschten Ziele führen werde. Um kleinen Gemeinden den Anschluß an den Verband zu erleichtern, empfiehlt der Verbandsvorsteher eine Ermäßigung des Jahresbeitrages. Nach Beendigung des mit anerkennenswerter Ausführlichkeit gegebenen Jahresberichtes wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Die Jahresrechnung für das Jahr 1898 wurde von drei hierzu gewählten Herren geprüft und entlastet. In den Ausschuß wurden die Herren Rabbiner Bloch-Jarotschin und Manasse Werner hier neu-, und die ausscheidenden fünf Mitglieder wiedergewählt. Pro 1899 wurden, außer der Ausgabe für das Bureau 2c., 1050 Mark an Subventionen zur Ausbildung von Kultusbeamten und zur Förderung von Religionsunterricht in den Etat eingestellt. Es wurde wiederholt mit Bedauern darauf hingewiesen, daß nicht nur mehrere kleine Gemeinden des Regierungsbezirks aus Engherzigkeit dem Verbande sich nicht anschließen, sondern auch manche größere Gemeinden, aus jedenfalls nicht edleren Motiven. Um den Gemeinden, denen der Jahresbeitrag zu hoch ist, den Beitritt zu erleichtern, ist dem Verbandsvorsteher das Recht erteilt worden, den Jahresbeitrag zu ermäßigen. Herr Schönlank wurde zum Verbandsvorsteher wiedergewählt.

Breslau, 29. Januar. (Bericht der Fränkelschen Stiftung.) Mit gewohnter Pünktlichkeit ist auch diesmal der Jahresbericht des jüdisch-theologischen Seminars Fränkelscher Stiftung am Tage der Gedächtnisfeier des Stifters, am 27. Januar, erschienen. Eine beigefügte Interpretation des II. Abschnittes des palästinensischen Talmud-Traktates Nesikin Heft 2, von Dr. J. Lewy, giebt dem Berichtsheft wissenschaftliche Bedeutung. Der Bericht schließt mit der Bitte, die wir der Beherzigung empfehlen, es möchte für die Zuführung reicherer Mittel gesorgt werden, damit die Anstalt in vollem Umfange ihren Aufgaben gerecht werden könne. Für die Behandlung des vorjährigen Themas: „wie verhält sich die Darstellung des Josephus über die makkabäische Erhebung zu den Berichten der ersten beiden Makkabäerbücher?“ haben die Herren cand. phil. Julius Grünthal und cand. phil. Robert Kälten Preise erhalten. Das Seminar zählt gegenwärtig 23 Hörer, von denen 4 im vergangenen Jahre neu eingetreten sind.

Marburg, 31. Januar. (Universitätspreise.) Beim Festakte der Universität am Geburtstage des Kaisers erhielten zwei Juden Preise für Lösung der im vorigen Jahre gestellten Preisaufgaben. Das juristische Thema: „Welche Rechtswirkung hat nach dem bürgerlichen Gesetzbuch die Täuschung, durch welche Jemand zur Abgabe einer Willensäußerung bestimmt ist?“ hatte drei Bearbeitungen gefunden, von denen die Arbeit des stud. jur. Paul Steinberg aus Frankfurt den Preis erhielt. Das philosophische Thema „Welche Vorarbeit zu einem System der Grundbegriffe und Grundsätze der Wissenschaft ist in den Untersuchungen Leibnitzens über die Grundlagen der Mathematik geleistet?“ war von stud. phil. Ernst Cassirer aus Breslau bearbeitet worden. Diese Arbeit wurde als eine ausgezeichnete Behandlung dieses höchst schwierigen Themas, und als eine hervorragende Leistung bezeichnet und mit dem doppelten Preise gekrönt.

Hamburg, 1. Februar. (Vortrag des Dr. A. Feilchenfeld.) Im Verein für jüdische Geschichte sprach am 31. vor. Monats Herr Dr. A. Feilchenfeld über „Die älteste Geschichte der deutschen Juden in Hamburg.“ Der Vortragende führte etwa Folgendes aus: Außer den 1612 durch förmlichen Kontrakt hier aufgenommenen portugiesischen Juden gab es schon vor der Mitte des 17. Jahrhunderts, wenn auch ohne offizielle Aufenthaltsberechtigung, deutsche Juden hier. Die ersten von ihnen kamen aus Altona, wo seit 1584 unter dem Schutz des Schauenburger Grafen, später unter dänischer Oberhoheit Juden wohnten und ihre Religion frei ausüben durften. Wegen mangelnder Gelegenheit zum Unterhalt in dem damaligen Marktflecken Altona wandten sich die meisten von ihnen nach der benachbarten Großstadt, um hier Geschäfte zu treiben. Nach und nach wagten es einige sich hier niederzulassen; ein Schutzbrief des Dänenkönigs Christian IV. für die Gemeinde Altona vom Jahre 1641 erwähnt schon einige schutzverwandte Juden, „so in Hamburg wohnen.“ Durch Beschluß der Bürgerschaft wurden diese „hochdeutschen“ jüdischen Familien 1649 ausgewiesen; sie kamen aber 1657, als Altona von den Schweden heimgesucht wurde, wieder von dort zurück und erlangten durch stillschweigende Duldung des Rates in Hamburg Wohnsitz. — Außer diesen zur Altonaer Gemeinde gehörigen Juden gab es seit dem Anfang der fünfziger Jahre des 17. Jahrhunderts auch eine Anzahl jüdischer Familien in Hamburg, die unter dem Schutz und der Oberhoheit der Portugiesengemeinde daselbst standen. Diese anfangs aus 18 Familien bestehende Kolonie bildete den Grundstock der eigentlichen „Hamburger“ Gemeinde. Schon zwei Jahrzehnte später traten die bisherigen Schützlinge der Portugiesen in ein Societätsverhältnis mit den „Altonaern“ und ordneten sich dem Oberrabbinat der Altonaer Gemeinde unter. Diese Vereinigung, der sich bald nachher auch die Gemeinde Wandsbeck nebst ihrer in Hamburg errichteten Filialgemeinde anschloß, hat bis 1811 bestanden. Der erste Oberrabbiner der vereinigten 3 Gemeinden war R. Salomon Mirels, gestorben 1706. Im Laufe des 17. Jahrhunderts erfuhren die deutschen Juden in Hamburg durch die Bürgerschaft, die von den lutherischen Pastoren gegen sie aufgehetzt wurde, noch vielfache Anfeindungen; sie wurden aber vom Senat beschützt, weil sie viel zum Aufblühen der Neustadt beitrugen. Ihre Beschäftigung war damals noch meist der Kleinhandel, während die Portugiesen sich dem Seehandel, einige auch gelehrten Berufen widmeten. Doch trieben die Hochdeutschen auch schon industrielle Thätigkeit; namentlich wendeten sie ihr Interesse dem Tabak und seiner Verarbeitung zu, die damals in Deutschland eben erst in Aufschwung kam. Ein Herzog von Mecklen-

burg-Schwerin, der etwa 1680 den Tabak in seinem Lande einzuführen begann, übertrug zwei Hamburger deutschen Juden das Tabaksmonopol für sein Gebiet. (An ihre Stelle trat später Michel Henrichs aus Glückstadt, der seinen Wohnsitz nach Schwerin verlegte und Stammvater der jetzt in Hamburg lebenden Familie Hinrichsen wurde). Die rechtlose Stellung der deutschen Juden in Hamburg während des 17. Jahrhunderts brachte ihnen große Gefahren. Der Vortragende veranschaulicht dies durch die Geschichte eines Prozesses, der 1687 wegen der Ermordung zweier Hamburger Juden vor dem königl. dänischen Gericht zu Altona geführt wurde und mit der Verurteilung und Hinrichtung des Mörders endigte. Am Tage der Hinrichtung erließ der Hamburger Senat ein scharfes Dekret, um Ausschreitungen des erbitterten Pöbels gegen die Juden zu verhindern. — 1697 legte ihnen die Bürgerschaft trotz des Widerstandes des Senats große Kontributionen und neue religiöse Beschränkungen auf. Aber die „Revidierten Artikel für die hochdeutschen Juden", die ihnen damals aufoktroyiert wurden, hatten wenigstens das Gute, daß ihre Aufenthaltsberechtigung dadurch anerkannt wurde. Endgültig wurden ihre Verhältnisse erst 1710 durch eine kaiserliche Kommission geregelt, die den langjährigen Streitigkeiten zwischen Rat und Bürgerschaft auch auf andern Gebieten ein Ende machte. Das damals festgestellte „Reglement der Juden sowohl portugiesischer als hochdeutscher Nation" blieb bis 1811 in Geltung. Unter der Franzosenherrschaft erhielten die Juden die bürgerliche Gleichberechtigung; doch vergingen nach den Freiheitskriegen noch einige Jahrzehnte, ehe die Hamburgischen Behörden die Gleichstellung der Juden völlig durchführten.

Paris, 29. Januar. (Gerichtsurteil.) Bemerkenswert ist ein Urteil, das dieser Tage eine Civilkammer auf die Klage einer Anzahl jüdischer Kaufleute gefällt hat, deren Namen das Pariser antisemitische Blatt Antijuif veröffentlicht hatte, um sie zu boykotten. Diese Kaufleute hatten sich mit dem Ersuchen an die Gerichtsbehörde gewandt, daß dem Blatte die Veröffentlichung ihrer Namen untersagt würde; für die schon erfolgte Veröffentlichung forderten sie Schadenersatz. Das Gericht erkannte jedem der Kläger 1500 Fr. Schadenersatz zu und verbot dem Antijuif, die Namen weiter zu veröffentlichen unter Androhung einer Strafe von 20 Fr. für jede Zuwiderhandlung. In der Begründung des Urteils heißt es: In Erwägung, daß man nur eine Nummer des Antijuif zu lesen braucht, um den Zweck der inkriminierten Veröffentlichungen zu erkennen, in Erwägung, daß die Juden in jeder Zeile als Verschwörer gegen Frankreich dargestellt werden, daß ferner Guérin in seinem ersten Artikel droht, die Juden würden beim Erwachen Frankreichs ihre Infamien teuer bezahlen, daß ferner die Anführer der Juden, Bleichröder und Rothschild, im Jahre 1870 die eifrigsten Mitarbeiter Bismarcks gewesen seien und dem deutschen Kaiser die Mithilfe ihrer französischen Religionsgenossen zugesagt hätten, um Frankreich desto leichter zu besiegen, in Erwägung, daß solch eine Polemik nicht scharf genug getadelt werden kann, erklärt das betreffende Gericht die Klage der betreffenden Kaufleute für begründet.

London, 29. Januar. (Chief-Rabbi Dr. Adler in Glasgow. Ein jüdischer Lordmayor von Belfast. Tagebuch des Barons Ferdinand Rothschild.) Die in Ihrem Blatte bereits erwähnte Ehrung unseres Großrabbis Dr. Hermann Adler, der zum Ehrendoktor der St. Andreas-Universität zu Glasgow ernannt worden ist, wird in allen Bevölkerungsschichten mit gleicher Genugthuung aufgenommen. Sie ist ein erneuter Beweis dafür, daß, wo es sich um Anerkennung und Belohnung von verdienten Männern handelt, bei uns keine Rücksicht auf die Konfession des zu Ehrenden genommen wird. Hier haben alle Unterthanen die nämlichen Pflichten zu erfüllen und haben auch den gleichen Anspruch auf öffentliche Anerkennung. In seiner Begrüßungsrede wies der Dekan der philosophischen Fakultät in Glasgow, Professor Burnett, auf die mannigfachen Verdienste hin, die Dr. Hermann Adler sich um die theologische und rabbinische Literatur und um die Wohlthätigkeitspflege in England erworben hat, deren Segnungen Juden und Christen gleichmäßig erfahren haben. „Zu einer Zeit, wo in christlichen Völkern so viele Herzen sich gegen die Kinder jenes alten Stammes verhärten, dem sie so viel zu verdanken haben, ist es besonders am Platze, daß die Universität dem obersten Seelsorger der Kinder Israels in unserem Lande eine Ehrung erweist." — Herr Dr. Adler war schon am Freitag in Glasgow angekommen und hat am Samstag und am Sonnabend Nachmittag in verschiedenen Synagogen vor zahlreichen Hörern gepredigt. — Zum Lord Mayor von Belfast ist Herr Otto Jaffé gewählt worden, der vordem schon längere Zeit Stadtrat und deutscher Konsul gewesen ist. — Der verstorbene Baron Ferdinand von Rothschild hat ein Tagebuch hinterlassen, in dem seine Gespräche mit fürstlichen Personen und europäischen Berühmtheiten verzeichnet sind. Der größte Teil dieser berühmten Persönlichkeiten ist zu irgend einer Zeit auf dem Herrensitze des Barons zu Gast gewesen. Ob das Tagebuch zur Veröffentlichung kommt, ist nicht bekannt; jedenfalls würde es einen sehr interessanten Beitrag zur neueren Geschichte Englands bieten. — Die Yacht des verstorbenen Barons Rothschild ist von Marsaille nach Cowes zurückgekommen und soll hier verkauft werden. Der Erlös ist zu wohlthätigen Zwecken bestimmt.

St. Petersburg, 29. Januar. (Senats- und Ministerialentscheidungen.) In letzter Zeit sind hier verschiedene zu Gunsten der Juden getroffene Entscheidungen bekannt geworden. In dem Städtchen Trubschewsky im Gouvernement Orel war den Juden eine besondere Steuer auferlegt worden unter dem Vorgeben, daß das genannte Städtchen sich außerhalb des den Juden zur Niederlassung freigegebenen Rayons befinde. Auf eine diesbezügliche Beschwerde hat der Senat die Verfügung erlassen, daß keine Lokalbehörde im russischen Reiche das Recht habe, eine besondere Steuer von irgendwo ansässigen Juden zu erheben. — Der Gouverneur von Wladimar hatte vor einiger Zeit angeordnet, daß alle jüdischen Schüler von den Gymnasien entfernt und solche jüdischen Schüler, deren Eltern nicht das Wohnrecht in den Gymnasialstädten haben, aus diesen Städten ausgewiesen werden sollten. Der Minister des Innern und der Unterrichtsminister haben diese Verordnung annulliert, was von umso größerer Wichtigkeit ist, als bereits

mehrere andere Gouverneure die Absicht gehabt haben, sich dem Vorgehen ihres Kollegen von Wladimar anzuschließen.

St. Petersburg, 20. Januar. (Stiftung der Baronin Hirsch.) In den kleinen Städtchen Dubrovno und Orscha im Gouvernement Mohilew hat der größte Teil der sehr armen Juden sich schon seit längerer Zeit durch die Fabrikation von Gebetmänteln kümmerlich ernährt. Der Verdienst war nur sehr gering, weil die armen Handwerker das Rohmaterial nicht ganz bar einkaufen konnten, es also theurer bezahlen mußten, und weil sie die fertige Ware auch nicht direkt, sondern nur durch Zwischenhändler abzusetzen imstande waren. Dieser traurigen Lage wird jetzt durch eine neue große Wohlthat der Baronin Hirsch abgeholfen werden. Die großherzige Frau giebt die Mittel her zur Errichtung einer von technisch geschulten Meistern zu leitenden Fabrik, in der die Arbeiter nach den neuesten Methoden zu arbeiten unterwiesen werden und ihnen die besten Maschinen zur Verfügung gestellt werden sollen. In einer Verkaufshalle soll das Rohmaterial zu den möglichst niedrigen Preisen den Arbeitern abgegeben und gleichzeitig der Verkauf der fertigen Waren an die direkten Abnehmer gehandhabt werden, so daß der Arbeiter von dem vollen Preis seiner Arbeit nur eine kleine Kommissionsgebühr abzugeben hat. Auf den Wunsch der Baronin Hirsch hat Herr Lazare Poliakoff in Moskau sich bereit erklärt, die Oberaufsicht über das Unternehmen zu führen und hat bereits seinen Agenten Herrn Emden an Ort und Stelle geschickt, um die Arbeiten für das zu errichtende Etablissement in Angriff zu nehmen.

Personalnachrichten und kleine Mitteilungen. Die Jacob Israel-Stiftung, Pensionskasse für die Angestellten der Firma N. Israel zu Berlin, sowie für deren Witwen und Waisen, hielt dieser Tage ihre ordentliche General-Versammlung ab. Aus dem Berichte des Vorsitzenden ging hervor, daß das Vermögen der Kasse 385 148,59 Mark beträgt und sich somit um ca. 40 000 Mark gegen 1897 vermehrt hat und daß die Mitgliederzahl sich auf 329, darunter 97 verheiratete, beläuft. Wie in den früheren Jahren, so haben auch 1898 die Chefs der Firma N. Israel durch einen Jahreszuschuß von 10 000 Mark ihr Interesse für die Entwickelung der Jacob Israel-Stiftung bekundet. — Am Donnerstag vergangener Woche hat die Vereinigung der Synagogensänger zu Berlin zum Besten ihrer Unterstützungskasse in den Räumen der Philharmonie ein Konzert mit anschließendem Tanz veranstaltet. Das Konzert bot ausgesuchte künstlerische Genüsse, der Ball hielt Tausende von Teilnehmern in frohester Stimmung bis zu später Stunde zusammen. — Rabbiner Dr. Jaulus in Aachen hat am Geburtstage des Kaisers in Uebereinstimmung mit dem Garnison-Kommando für die jüdischen Soldaten einen besonderen Festgottesdienst abgehalten. — Distriktsrabbiner N. Bamberger in Würzburg hat an die Gemeinden seines Sprengels und an andere Gemeinden die dringende Einladung zu Spenden für die Armen des heiligen Landes gerichtet. — Herr Bernhard Morgenstern in Brünn hat für wohlthätige und gemeinnützige Stiftungen 166 000 Gulden letztwillig bestimmt. — Das Ehepaar Simon Goldschmidt in Treysa hat in voriger Woche die goldene Hochzeit gefeiert. — Frau Baronin Hirsch ist in Paris angekommen. Ihr Befinden ist leider noch immer besorgniserregend. — Die jüdische Gemeinde in Dresden hat von einem dieser Tage verstorbenen Mitgliede 260 000 Mark geerbt. Der Legatar hatte diese Summe vor Jahren für die Stadt Dresden bestimmt, sein Testament aber geändert, nachdem kürzlich die Dresdener Stadtverordnetenversammlung die Naturalisation eines einwandfreien Mannes abgelehnt hat, blos weil er Jude ist. — Die königliche Regierung in Wiesbaden hat der Lehrerin Fräulein Jenny Lazarus die Konzession zur Leitung des israelitischen Zentralwaisenhauses und Mädchenheims in Ems widerruflich erteilt. Die Anstalt darf nicht mehr als fünfzig Kinder aufnehmen. — Herrn Ahlwardt ist in Apolda von Polizeiwegen die Abhaltung eines Vortrages am Geburtstage des Kaisers verboten worden. — In der jüngsten Generalversammlung des israelitischen Mildthätigkeitsvereins in Ostrowo wurde der statutenmäßige Meistbetrag der zu gewährenden Einzeldarlehen von 200 auf 500 Mark erhöht. Die Vorstandsmitglieder Herren Schloß und Hermann wurden auf drei Jahre wiedergewählt. Der Vermögensbestand hat 5000 Mark überstiegen, die Zahl der Mitglieder ist nahe an hundert. — Frau Baronin Hirsch hat in Frankfurt a. M. eine „Goldschmidt-Bischofsheimsche Darlehnskasse" gestiftet, die unverzinsliche Darlehne bis 800 Mark an würdige Personen ohne Unterschied der Konfession geben soll. — Im Israelitischen Asyl für Kranke und Altersschwache in Köln hielt dieser Tage Herr Rabbiner Dr. Frank auf die verstorbenen Wohlthäter und Gönner der Anstalt eine Gedächtnisrede, in der er die drei Haupttugenden aller Religionen betonte: praktische Menschenliebe, Besuch und Pflege der Kranken und Liebesdienste gegen die Verstorbenen. — Der Verein für jüdische Geschichte und Literatur in Ratibor hielt am vorigen Samstag Abend seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht stellt ein weiteres Aufblühen des Vereins fest. Vorträge einheimischer und auswärtiger Redner sowie Referate über populärwissenschaftliche Themata förderten die Bestrebungen des Vereins, vorurteilslose Kenntnis über jüdische Geschichte und Literatur in weiterem Kreis zu verbreiten. Die Bibliothek, die mehrere Hundert Bände zählt, und deren Benutzung jedermann freisteht, fand wesentliche Erweiterung. Der Verein zählte am Schlusse des Berichtsjahres 124 Mitglieder. Der Generalversammlung ging ein Referat des Apothekenbesitzers Eckstein „Ethnographische Skizzen über die Juden in Afrika" voran.

Vakanzen Offenburg (Baden). Rel.-L., Vors., Sch. 650 M. Geh., fr. W., 150 M. Nebeneink. Meld. an Dr. M. Rawitsch. — Rust, Amt Ettenheim (Baden). Rel.-L., Vors., Sch. 650 M. Gh., 150 M. Nebeneink., fr. W. Meld. an Dr. M. Rawitsch in Offenburg (Baden).

Brief- und Fragekasten.

Herrn J. L. in B. Getauft? Nein. Mischehe? Ja. Mit einer Katholikin. — Herrn Dr. F. in B. Woher soll ich den Platz nehmen? — Herrn Sch. in H., Oberh. Sie wollen sich bei Ihrer zuständigen Ortsmilitärbehörde (Bezirkskommando) zur Ableistung des 10wöchigen Dienstes melden und dabei anführen, daß und wieso Ihnen aus einer Verspätung der Dienstleistung Schaden erwachsen würde. — K. D. Maßgebend ist das Gemeinde-Statut. Wenn Sie mir dies einsenden, werde ich Ihnen genaue Auskunft geben. — Herrn —l. —l. in P. Schönsten Dank. — Herrn Dr. M. in M. Dank für die Mitteilung. — Herrn Dr. A. in B. Mich erfreut die Aufklärung. Besten Gruß. — Herren A. K., J. D., S. N. u. J. S. in F. Aus Mangel an Raum für nächste Woche zurückgestellt. — Herrn L. Sch. in M. Ist gern geschehen. — Herrn G. B. in B. Die Lehrbücher von M. Rahmer und von J. Herzberg seien Ihnen empfohlen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: M. A. Klausner, für den Inseratenteil: Erik Pfeffer in Berlin.

Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57. — Druck: Arthur Scholem, Berlin C., Roßstr. 3.